

INHALT:

GI Aktuell

Seite 158

Büroorganisation

Seite 161

Rechtsmittelauftrag / Erforderliche Angaben /
Telefonische Angaben, Kontrollpflicht
(BGH, Beschl. v. 21.4.1998 - VI ZB 8/98)

Wiedereinsetzung

Seite 163

Offensichtliches Versehen / Fürsorgepflicht des Gerichts /
Rückfragepflicht des Gerichts
(BGH, Urt. v. 11.2.1998 - VIII ZB 50/97)

Wiedereinsetzung, Änderung der Rechtsprechung

Seite 165

Schuldhaftes Fristversäumnis / Schriftsatz an falsches
Gericht (hier: Vorinstanz) / Verspätete Weiterleitung an
Rechtsmittelgericht
(BGH, Urt. v. 1.12.1997 - II ZR 85/97)

Fristenkontrolle

Seite 166

Telefax / Ausgangskontrolle / OK-Vermerk, Sendebericht
(BGH, Beschl. v. 19.11.1997 - VIII ZB 33/97)

Berufungsbegründung

Seite 168

Darlegungslast, § 519 Abs. 3 Nr. 2 ZPO /
Mehrere Streitgegenstände
(BGH, Urt. v. 13.11.1997 - VII ZR 199/96)

Honoraranspruch

Seite 170

Verspätete Arbeitsleistung / Vorleistungspflicht des Steuer-
beraters? / Prozeßführungsfehler
(OLG Düsseldorf, Urt. v. 27.2.1997 - 13 U 8/96)

Steuerberaterhaftung

Seite 173

Mietvertrag ohne Mietzahlung und Nebenkostenabrechnung /
Belehrungspflichten zum Erhalt von Steuervorteilen?
(OLG Hamm, Urt. v. 5.12.1997 - 25 U 55/97)

Treuhänderhaftung

Seite 174

Baubetreuungsvertrag, § 34c Nr. 2b Gewerbeordnung /
Prüfung Bautenstand / Zahlungen / Freigabepfung durch
verflochtene Dritte
(OLG Saarbrücken, Urt. v. 23.8.1996 - 10 O 226/93)

GI Aktuell

Seite 178

GI Hinweise

Seite 179



GI Aktuell

Rechtsprechungsänderung des Bundesverfassungsgerichts: Sozietätsverbote zwischen Anwaltsnotar und Wirtschaftsprüfer sind verfassungswidrig

Der Erste Senat des BVerfG hat in einem Verfassungsbeschwerde (Vb)-Verfahren entschieden, daß das Verbot einer Sozietät zwischen Anwaltsnotar und Wirtschaftsprüfer wegen Verstoßes gegen die **Berufsfreiheit (Art. 12 Abs. 1 GG)** und gegen den **allgemeinen Gleichheitssatz (Art. 3 Abs. 1 GG)** verfassungswidrig ist. Der Senat hat deshalb ein vom Bundesgerichtshof (BGH) ausgesprochenes Sozietätsverbot aufgehoben und das Verfahren zur erneuten Entscheidung zurückverwiesen.

I.

Das Vb-Verfahren betraf die Frage, ob ein Anwaltsnotar eine Sozietät mit Rechtsanwälten oder Steuerberatern eingehen darf, die zugleich Wirtschaftsprüfer sind.

1. **Weder das Berufsrecht der Wirtschaftsprüfer oder das der Rechtsanwälte oder Notare enthält ein ausdrückliches Sozietätsverbot für Anwaltsnotare, also Rechtsanwälte, die das Amt des Notars im Nebenberuf ausüben.** Geregelt ist ein solches Verbot lediglich für den „Nur-Notar“ (§ 9 Abs. 1 Bundesnotarordnung). „Nur-Anwälte“ sind Sozietätsbildungen mit anderen Berufen, z.B. Steuerberatern und Wirtschaftsprüfern, hingegen gestattet (§ 59a Bundesrechtsanwaltsordnung).

2. Sieben in Berlin zugelassene Anwaltsnotare zeigten im Juli 1994 dem Landgerichtspräsidenten an, daß ihrer Sozietät weitere sieben Mitglieder (Rechtsanwälte und Steuerberater) angehören, die außerhalb der Sozietät auch als Wirtschaftsprüfer tätig sind. Der Landgerichtspräsident ordnete an, daß die Sozietät mit den sieben Wirtschaftsprüfern umgehend zu beenden sei. Auf hiergegen gestellte Anträge hob das Kammergericht die Bescheide mit der Begründung auf, die Bundesrechtsanwaltsordnung enthalte keine Vorschrift, die es rechtfertigen könnte, Anwaltsnotare und sonstige Rechtsanwälte unterschiedlich zu behandeln.

Der BGH stellte die Bescheide des Landgerichtspräsidenten wieder her, weil schon die Verbindung als solche die Gefahr von Interessenkonflikten in sich berge. Es müsse jedoch schon der Anschein einer Gefährdung vermieden werden. Anwaltsnotaren die Sozietät mit einem Steuerberater zu gestatten, sie ihnen aber mit einem

Wirtschaftsprüfer zu untersagen, verstoße auch nicht gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz. Der Wirtschaftsprüfer nehme im wesentlichen betriebswirtschaftliche Unternehmungsprüfungen vor. Das unterscheide ihn grundlegend von der beratenden Tätigkeit des Rechtsanwalts und der des Steuerberaters.

Hiergegen erhoben die sieben Anwaltsnotare (Beschwerdeführer) Vb und rügten u.a. eine Verletzung der Berufsfreiheit und des allgemeinen Gleichheitssatzes.

II.

Die Vb ist begründet. **Das Sozietätsverbot verstößt gegen Art. 12 Abs. 1 GG (1) und gegen Art. 3 Abs. 1 GG (2).**

1. Im Hinblick auf das Grundrecht der **Berufsfreiheit** fehlt es an der gemäß **Art. 12 Abs. 1 Satz 2 GG** erforderlichen gesetzlichen Grundlage für ein empfindlich in die Berufsausübungsfreiheit eingreifendes richterrechtliches Sozietätsverbot. Allerdings hat das BVerfG in den Jahren 1980 und 1989 der Rechtsprechung noch zugestanden, Sozietätsverbote aus dem Gesamtzusammenhang des notariellen Berufsrechts und aus den hergebrachten Berufsbildern abzuleiten. Daran ist jedoch aus heutiger Sicht im Ergebnis nicht festzuhalten.

Seit den Entscheidungen zu den anwaltlichen Standesrichtlinien ist zunehmend die gesetzgeberische Verantwortung für empfindliche Einschränkungen der Berufsfreiheit, zu denen auch die Sozietätsverbote gehören, eingefordert worden. Da es dem Gesetzgeber obliegt, die Gefährdung von Rechtsgütern einzuschätzen, ihre Schutzwürdigkeit zu bewerten und die Mittel zu ihrem Schutz zu bestimmen, legt **Art. 12 Abs. 1 Satz 2 GG** dem Richter besondere Zurückhaltung auf, wenn er vornehmlich aus bloßen gesetzgeberischen Zielsetzungen die Wahl der erforderlichen Mittel abzuleiten sucht.

Hinzu kommt, daß sich das Berufsrecht der Wirtschaftsprüfer und Rechtsanwälte in den letzten Jahren verändert hat und nicht zuletzt **durch das Partnerschaftsgesellschaftsgesetz auch die Sozietätsmöglichkeiten neu geregelt** worden sind. Hierdurch hat der Gesetzgeber ein von der Rechtsprechung angenommenes Sozietätsverbot weder bestätigt noch selbst geregelt. Wie die Unabhängigkeit und Unparteilichkeit des Notars gesichert wird und mit welchen Mitteln dies geschieht, hat der Gesetzgeber zu ent-

scheiden. Bis zu einer Reform des Notarrechts fehlt es an einer Legitimation für das früher in der Rechtsprechung entwickelte Sozietätsverbot zwischen dem Anwaltsnotar und dem Wirtschaftsprüfer.

2. Obwohl es dem Gesetzgeber im Rahmen des **Art. 12 Abs. 1 GG** weitgehend frei steht, durch welche Einschränkungen der Berufsausübung der erkennbaren Gefährdungen für die Unabhängigkeit und Unparteilichkeit der Notare begegnen will, müssen diese Berufsausübungsregelungen so ausgestaltet werden, daß der **allgemeine Gleichheitssatz des Art. 3 Abs. 1 GG** gewahrt wird. Dieser Maßstab ist bereits früher deutlich herausgestellt worden (vgl. BVerfGE 80, 269 <279>). **Solange daher der Anwaltsnotar selbst Steuerberater sein darf und auch nicht gehindert ist, sich mit Nur-Steuerberatern zur gemeinsamen Berufsausübung zusammenzuschließen, hat das Verbot einer Sozietät zwischen Anwaltsnotaren und Wirtschaftsprüfern vor Art. 3 Abs. 1 GG keinen Bestand.**

Die **Unterschiede zwischen einem Steuerberater und einem Wirtschaftsprüfer** sind nicht von solcher Art und solchem Gewicht, daß sie die Ungleichbehandlung rechtfertigen könnten. Wie den Rechtsanwältinnen **obliegt den Wirtschaftsprüfern Beratung und Vertretung in rechtlichen und wirtschaftlichen Fragen.** Auch die einseitige Interessenwahrnehmung, die den Wirtschaftsprüfern außerhalb der Vorbehaltsaufgaben erlaubt ist, unterscheidet sie nicht von Steuerberatern oder Anwaltsnotaren. Befürchtete der Gesetzgeber, daß einseitige Interessenwahrnehmung die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit des Notars in Frage stellte, wäre nicht nur ein Sozietätsverbot, sondern in erster Linie die Einführung des Nur-Notariats geboten.

Verbleibende Unterschiede, die sich allein aus den Vorbehaltsaufgaben der Wirtschaftsprüfer oder ihrer spezifischen Berufsstruktur ergeben könnten, rechtfertigen die Ungleichbehandlung nicht. Gerade in diesem Bereich unterliegt der Wirtschaftsprüfer besonders strengen Anforderungen an seine Unabhängigkeit und Unparteilichkeit, woraus deutlich wird, daß auch er öffentlich eingebunden ist. Deshalb ist er auch verpflichtet, sich insoweit in besonderem Maße des im entgegengebrachten Vertrauens würdig zu erweisen. Angesichts der Verpflichtung zur Unabhängigkeit und Unparteilichkeit ähneln sich vielmehr die den Rechtsanwältinnen jeweils zusätzlich möglichen Berufe des Notars und des Wirtschaftsprüfers. Nichts deutet auf ein gegen-

über dem Steuerberater überschießendes Gefährdungspotential im Hinblick auf den in derselben Sozietät tätigen Anwaltsnotar hin.

Der vom Bundesgerichtshof besorgten unerwünschten Änderung im allgemeinen Rechtsbewußtsein hinsichtlich der Unabhängigkeit und Unparteilichkeit des Notars kann mit einem Sozietätsverbot nicht begegnet werden. Der – irreführende – Eindruck einer umfassenden Beratung hängt nicht davon ab, ob der Sozietät Wirtschaftsprüfer angehören; sie beruht schon auf der Doppelstellung des Anwaltsnotars, der nur durch Mitwirkungsverbote gebunden ist. **Zutreffend ist allerdings, daß sich das Berufsbild des Anwaltsnotars von dem des Nur-Notars hierdurch weiter entfernt.** Diesem Gesichtspunkt kommt aber kein solches Gewicht zu, daß er die Ungleichbehandlung rechtfertigen könnte. Zwar üben der Anwaltsnotar und der Nur-Notar gleichermaßen ein öffentliches Amt aus. In Anbetracht der unterschiedlichen gesetzlichen und tatsächlichen Ausgestaltungen des Notarberufs in der Bundesrepublik ist es aber darüber hinaus kaum möglich, von einem einheitlichen Berufsbild des Notars auszugehen.

Jedenfalls kann die Beurteilung des beruflich zulässigen Verhaltens sich nicht allein am Berufsbild des Nur-Notars orientieren, wenn das Anwaltsnotariat als eine von der Bundesnotarordnung zugelassene Form des Notarberufs Besonderheiten nach sich zieht. Zu diesen Besonderheiten gehören insbesondere die Möglichkeiten, sich mit Angehörigen anderer (freier) Berufe zur gemeinsamen Berufsausübung zu verbinden.

III.

Die beanstandete Entscheidung des Bundesgerichtshofs ist aufgehoben worden. **Ohne eine gesetzliche Neuregelung ist ein Verbot der Sozietätsbildung von Anwaltsnotaren mit Wirtschaftsprüfern nicht aufrechtzuerhalten.**

Vorgaben für den Gesetzgeber enthält die Entscheidung jedoch nicht. Welche Wege der Gesetzgeber einschlagen wird, ist ihm überlassen. Sofern er Sozietätsverbote für das geeignete Mittel zur Sicherung der Unabhängigkeit und Unparteilichkeit des Notars ansieht, ist ihm deren Einführung grundsätzlich nicht verwehrt, wenn er die verschiedenen Berufsgruppen und Berufsqualifikationen gleichmäßig behandelt (Beschl. v. 8.4.1998 – Az. 1 BvR 1773/96). (Pressemitteilung d. BVerfG v. 29.5.1998, Nr. 58)

GI Aktuell

BVerfG: Unzulässige gerichtliche Vorlagen zu Vorschriften des Gewerbesteuer- und des Grunderwerbsteuergesetzes

Die 3. Kammer des Ersten Senats des BVerfG hat zwei Vorlagen des Niedersächsischen Finanzgerichts für unzulässig erklärt. Eine Vorlage betraf die Frage, ob es die Verfassung gebiete, Steuerpflichtige beim Erwerb eines selbstgenutzten durchschnittlichen Einfamilienhausgrundstücks von der Grunderwerbsteuer freizustellen. Die andere Vorlage betraf im wesentlichen die Verfassungsmäßigkeit von Vorschriften des Gewerbesteuergesetzes. In beiden Fällen sind die **Vorlagen für unzulässig erklärt worden, weil sie jeweils nur durch den Berichterstatter des Finanzgerichts (FG) als Einzelrichter erfolgten, nicht durch den Senat** (drei Berufsrichter, zwei ehrenamtliche Richter).

I.

1. Nach der Finanzgerichtsordnung (FGO) entscheiden bei den FG die jeweiligen Senate, soweit nicht ein Einzelrichter entscheidet. Die insoweit maßgeblichen Vorschriften lauten auszugsweise:

§ 6 FGO Übertragung des Rechtsstreits auf den Einzelrichter Abs. 1: Der Senat kann den Rechtsstreit einem seiner Mitglieder als Einzelrichter zur Entscheidung übertragen, wenn

1. die Sache keine besonderen Schwierigkeiten tatsächlicher oder rechtlicher Art aufweist und
2. die Rechtssache keine grundsätzliche Bedeutung hat.

§ 79a FGO Entscheidung im vorbereitenden Verfahren Abs. 3: Im Einverständnis der Beteiligten kann der Vorsitzende auch sonst anstelle des Senats entscheiden. Abs. 4: Ist ein Berichterstatter bestellt, so entscheidet dieser anstelle des Vorsitzenden.

2a) Gewerbesteuer (1 BvL 23/97)

Die Klägerin des beim FG anhängigen Verfahrens - eine Gesellschaft Bürgerlichen Rechts - betreibt eine Goldschmiede und Schmuckgalerie. In dieser wird u.a. auch selbst hergestellter (künstlerischer) Schmuck verkauft. Das Finanzamt erließ einen Gewerbesteuermeßbescheid, in dem es auch den Gewinn aus der Veräußerung des selbst hergestellten Schmucks erfaßte. Dagegen erhob die Gesellschaft Klage und verttrat die Auffassung, es sei allenfalls der Gewinn aus der Veräußerung des zugekauften Schmucks bei der Gewerbebeertragsteuer zu erfassen. Bei der

Herstellung und Veräußerung des selbst hergestellten (künstlerischen) Schmucks handele es sich um die Ausübung eines freien Berufes, die nicht der Gewerbesteuer unterliege.

Sowohl die Klägerin als auch das Finanzamt erklärten sich mit einer Entscheidung durch den Berichterstatter anstelle des Senats einverstanden. Dieser legte dem BVerfG gemäß **Art. 100 Abs. 1 GG** die Frage vor, ob die dem Steuerbescheid zugrunde liegenden Normen des Gewerbesteuergesetzes und des Einkommensteuergesetzes mit dem GG vereinbar seien. Nach Auffassung des Berichterstatters verstoßen die Normen gegen den **allgemeinen Gleichheitssatz (Art. 3 Abs. 1 GG)**.

b) Grunderwerbsteuer (1 BvL 24/97)

In dem Verfahren beim FG geht es um die Klage eines Ehepaares gegen einen Grunderwerbsteuerbescheid. Sie hatten ein Baugrundstück erworben und eine Baugesellschaft mit der Errichtung eines Wohnhauses beauftragt. Mit einer Entscheidung des Berichterstatters anstelle des Senats erklärten sich sowohl die Kläger als auch das beklagte Finanzamt einverstanden.

Der Berichterstatter legte dem BVerfG gemäß **Art. 100 Abs. 1 GG** die Frage vor, ob § 3 Grunderwerbsteuergesetz, der die allgemeinen Ausnahmen von der Besteuerung regelt, mit dem GG vereinbar sei. Nach Auffassung des Berichterstatters verstößt diese Vorschrift gegen die **Eigentumsgarantie (Art. 14 Abs. 1 GG)** und den **allgemeinen Gleichheitssatz (Art. 3 Abs. 1 GG)**, weil sie nicht vorsehe, auch das Gebrauchsvermögen (existenznotwendiges Vermögen) in Form des selbstgenutzten durchschnittlichen Einfamilienhausgrundstücks grunderwerbsteuerfrei zu stellen.

II.

Die 3. Kammer des Ersten Senats hat die Vorlagen für unzulässig erklärt.

Zur Begründung heißt es u.a.:

Im Verfahren nach **Art. 100 Abs. 1 GG** ist eine Vorlage an das BVerfG den Gerichten vorbehalten. „Gericht“ kann auch der Einzelrichter sein, soweit er nach der jeweiligen Prozeßordnung dazu berufen ist, die Entscheidung allein zu treffen. Das ist hier nicht der Fall. Nach **§ 79a Abs. 3 und Abs. 4 FGO** kann im vorbereitenden Verfahren ein Richter unter bestimmten Voraussetzungen zwar allein entscheiden. Es stellt je-

doch einen Ermessensmißbrauch dar, wenn der Berichterstatter danach einen Vorlagebeschluß an das BVerfG erläßt. Die Ermessensausübung hat sich zunächst und primär an dem mit der Neuregelung des **§ 79a FGO** vom Gesetzgeber verfolgten Gesetzeszweck, die Senate der FG zu entlasten **und die finanzgerichtlichen Verfahren zu straffen**, auszurichten. Eine Verfahrensstraffung wird jedoch dadurch, daß der Einzelrichter einen Vorlageschluß faßt, keinesfalls erreicht.

Als weiterer Gesichtspunkt ist bei der Abwägung zu berücksichtigen, daß die FG **im Grundsatz als Kollegialgerichte ausgestaltet sind**. Dem liegt die Annahme des Gesetzgebers zugrunde, daß richterlichen Entscheidungen eines Kollegiums eine höhere Richtigkeitsgewähr beizumessen ist. Dies macht auch § 6 Abs. 1 FGO deutlich, der anordnet, daß nur solche Verfahren auf den Einzelrichter zu übertragen sind, die keine besonderen Schwierigkeiten tatsächlicher oder rechtlicher Art aufweisen.

Dieser den Gerichtsaufbau und die Prozeßordnung bestimmende Grundsatz ist auch im Rahmen des **§ 79a FGO** zu berücksichtigen. Jedenfalls bei Rechtsfragen von überragender Bedeutung, wie sie die Frage nach der Verfassungsmäßigkeit gesetzlicher Vorschriften darstellt, kann im Rahmen der Ermessensentscheidung die **Abwägung nur dahingehen, daß die Vorlage an das BVerfG dem Richterkollegium vorbehalten bleibt**.

Schon das Bundesverfassungsgerichtsgesetz (**§ 93c Abs. 1 Satz 3 BVerfGG**) bestimmt, daß die Beurteilung der Verfassungswidrigkeit eines Gesetzes (und gegebenenfalls seine Nichtig-erklärung) nur dem Senat, also dem gesamten Richterkollegium, nicht aber einer Kammer des Senats obliegt. Dann muß erst recht gefordert werden, daß von den Fachgerichten verfassungsrechtliche Bedenken gegen ein Gesetz nur vom gesamten Spruchkörper getragen werden.

Der Zuständigkeit des Einzelrichters für einen Vorlagebeschluß an das BVerfG steht schließlich auch der Gedanke der Subsidiarität der Verfassungsgerichtsbarkeit entgegen. Die mit dem Normenkontrollverfahren verbundene Inanspruchnahme des BVerfG läßt sich nur rechtfertigen, wenn sie zur Entscheidung eines konkreten Verfahrens unerlässlich ist. Der Berichterstatter, der eine seiner Auffassung nach entscheidungserhebliche Norm für verfassungswidrig hält, hat deshalb eine Entscheidung in

seinem Senat herbeizuführen. Bei dieser Verfahrensweise erübrigt sich eine Vorlage an das BVerfG möglicherweise deshalb, weil der Senat in seiner Mehrheit die Verfassungsmäßigkeit der Norm bejaht oder deren Entscheidungserheblichkeit verneint.

Der Grundsatz der Subsidiarität soll zudem auch gewährleisten, daß der Streitstoff und die Rechtslage in einfach-rechtlicher wie in verfassungsrechtlicher Hinsicht von den Fachgerichten umfassend und eingehend erörtert werden. Die Gewähr hierfür bietet der Senat als Kollegialorgan in deutlich höherem Maße als ein Einzelrichter. Den Klägern des Ausgangsverfahrens werden ihre Rechte dadurch nicht verkürzt. Faßt der zuständige Senat des Niedersächsischen Finanzgerichts keinen Vorlagebeschluß, so ist es den Klägern nach Erschöpfung des Rechtswegs unbenommen, Verfassungsbeschwerde zu erheben.

(Pressemitteilung d. BVerfG v. 5.6.1998, Nr. 59)

Büroorganisation

- Rechtsmittelauftrag
 - Erforderliche Angaben
 - Telefonische Angaben, Kontrollpflicht
- (BGH, Beschl. v. 21.4.1998 - VI ZB 8/98)

Leitsätze:

1. Auch ein vom Verkehrsanwalt erteilter Rechtsmittelauftrag muß die Angabe enthalten, für welche Partei das Rechtsmittel eingelegt werden soll.
2. Zur Kontrollpflicht bei telefonischer Ergänzung des Rechtsmittelauftrags.

Aus den Gründen:

I. Das zum Teil klageabweisende Urteil des Landgerichts ist der Klägerin am 27.3.1997 zugestellt worden. Nachdem ihr zweitinstanzlicher Prozeßbevollmächtigter zunächst mit Schreiben vom 28.4.1997 Berufung für die Beklagten eingelegt hatte, die später zurückgenommen worden ist, hat er mit am 16.5.1997 beim Berufungsgericht eingegangenem Schriftsatz für die Klägerin Berufung eingelegt und gleichzeitig Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen die Versäumung der Berufungsfrist mit folgender Begründung beantragt:

Die Verkehrsanwälte der Klägerin hätten ihn mit Schreiben vom 22.4.1997 unter Übersendung einer Urteilkopie mit der Einlegung der Berufung beauftragt, ohne mitzuteilen, für welche Partei Berufung eingelegt werden solle. Er habe hierauf seine seit 20 Jahren im Büro tätige und äußerst zuverlässige Angestellte S. angewiesen, dies mit dem Büro der Verkehrsanwälte zu klären. Bei Unterzeichnung der Berufungsschrift vom 28.4.1997 habe Frau S. ihm auf seine ausdrückliche Frage mitgeteilt, daß die Berufung nach Auskunft des Bürovorstehers der Verkehrsanwälte für die Beklagten zu 1) bis 3) eingelegt werden solle. Daß Berufung für die Klägerin einzulegen war, habe er erst durch einen Anruf dieses Büros am 12.5.1997 erfahren. Die Verkehrsanwälte beriefen sich darauf, daß mit ihrem Büro lediglich wegen der richtigen Bezeichnung der Klägerin telefoniert worden sei. Deshalb sei zu vermuten, daß Frau S. ein Mißverständnis unterlaufen sei.

Das Berufungsgericht hat den Wiedereinsetzungsantrag zurückgewiesen und die Berufung als unzulässig verworfen. Zwar könne ein Verschulden des zweitinstanzlichen Prozeßbevollmächtigten ausgeschlossen werden, wenn er sich auf die Zuverlässigkeit seiner Angestellten hätte verlassen dürfen. Es liege jedoch ein Verschulden der Verkehrsanwälte nahe, weil ihr Auftragsschreiben nicht habe erkennen lassen, für wen Berufung eingelegt werden solle. Die Klägerin habe auch trotz gerichtlichen Hinweises nichts dafür vorgetragen, daß die Verkehrsanwälte in anderer Weise für die rechtzeitige Einlegung der Berufung Sorge getragen hätten.

Gegen diesen am 9.1.1998 zugestellten Beschluß hat die Klägerin mit am 23.1.1998 beim Berufungsgericht eingegangenen Schriftsatz sofortige Beschwerde eingelegt und zur Begründung vorgebracht, die Verkehrsanwälte beharrten darauf, daß mit ihnen nur wegen der richtigen Anschrift der Klägerin telefoniert worden sei. Deshalb sei unklar, auf welcher Seite das Mißverständnis unterlaufen sei. Wenn noch Vortrag zur Büroorganisation der Verkehrsanwälte erforderlich sei, müsse dieser durch die Verkehrsanwälte selbst erfolgen, denen hierzu Gelegenheit gegeben werden möge.

II. Das form- und fristgerecht eingelegte Rechtsmittel hat in der Sache keinen Erfolg.

1. Der Klägerin kann die beantragte Wiedereinsetzung nicht gewährt werden, weil die Fristversäumung jedenfalls auf dem **Verschulden ihrer**

Verkehrsanwälte beruht, das sie sich gemäß § 85 Abs. 2 ZPO zurechnen lassen muß (BGH, Beschl. v. 16.6.1982 - IVa ZB 2/82, NJW 1982, 2447; v. 28.2.1991 - IX ZB 95/90, BGHR-ZPO § 233 Rechtsmittelauftrag 14).

Mit Recht hat das Berufungsgericht ein Verschulden der Verkehrsanwälte darin gesehen, daß der von ihnen gefertigte Rechtsmittelauftrag vom 22.4.1998 nicht die Angabe enthielt, für welche Partei Berufung eingelegt werden sollte. Dies war unerläßlich, weil durch das beigefügte Urteil sämtliche Parteien beschwert waren. Bei dieser Sachlage ist es selbstverständlich und bedarf keiner näheren Darlegung, **daß dem Rechtsmittelanwalt mitgeteilt werden muß, für welche Partei er Berufung einlegen soll.** Diese Verpflichtung obliegt auch dem Verkehrsanwalt, wenn er es unternimmt, den zweitinstanzlichen Rechtsanwalt zu beauftragen (vgl. BGH, Beschl. v. 22.11.1990 - I ZB 13/90, Gl 1991, 22; BGHR-ZPO § 233 Rechtsmittelauftrag 12).

Unter den Umständen des Falles steht außer Zweifel, daß diese Unterlassung für die Fristversäumung ursächlich war, weil andernfalls ohne weiteres für die Klägerin Berufung eingelegt worden wäre, ohne daß es einer Nachfrage bedurft hätte. Deshalb kann dahinstehen, ob und welche Mißverständnisse bei dem Telefonat zwischen Frau S. und dem Büro der Verkehrsanwälte vorgefallen sind.

Da das Verschulden der Verkehrsanwälte offensichtlich ist und der Vortrag der Klägerin auch keine Anhaltspunkte dafür enthält, daß diese Anwälte ihrerseits die erforderlichen Schritte unternommen hätten, um ihr Versäumnis bei Erteilung des Rechtsmittelauftrags zu korrigieren, sind Einzelheiten zu deren Büroorganisation entbehrlich. Deshalb ist lediglich zur Klarstellung darauf hinzuweisen, daß ggf. die Klägerin selbst hierzu vortragen müßte, weil es sich bei den Verkehrsanwälten, wie eingangs dargelegt, um ihre Bevollmächtigten i.S.d. § 85 Abs. 2 ZPO handelt.

2. Steht mithin bereits das Verschulden der Verkehrsanwälte an der Fristversäumung zwingend der beantragten Wiedereinsetzung entgegen, so bedarf es keiner abschließenden Beurteilung, ob daneben auch ein Verschulden des zweitinstanzlichen Prozeßbevollmächtigten vorliegt. Sollte das Berufungsgericht dahin zu verstehen sein, daß dieser sich auf die Mitteilung der zuverlässigen Bürokraft habe verlassen dürfen, wäre dies allerdings nicht unbedenklich.

Da der Rechtsmittelauftrag vom 22.4.1997 **nicht die unbedingt erforderliche Angabe enthielt**, für welche Partei Berufung eingelegt werden sollte, war er **erkennbar unvollständig und bedurfte deshalb der Ergänzung**.

Ob hierfür ein **Telefonat** ausreichen konnte, erscheint zweifelhaft. Insoweit ist darauf hinzuweisen, daß wegen der besonderen Bedeutung des Rechtsmittelauftrags für die Fristwahrung nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs die **Mitteilung des Zustelldatums zur Vermeidung von Hörfehlern schriftlich erfolgen muß und der zweitinstanzliche Prozeßbevollmächtigte sich deshalb nicht mit dem Ergebnis der telefonischen Auskunft einer Sekretärin begnügen darf** (Senatsbeschl. v. 25.5.1993 - VI ZB 32/92, VersR 1994, 199, 200). Ebenso besteht **wegen der Gefahr von Hörfehlern eine besondere Kontrollpflicht**, wenn der Rechtsmittelauftrag fernmündlich erteilt wird (BGH, Beschl. v. 26.9.1990 - VIII ZB 24/90, BGHR-ZPO § 233 Rechtsmittelauftrag 9; v. 28.2.1991, a.a.O.; v. 2.2.1994 - XII ZB 187/93, VersR 1994, 1324).

Nach diesen Grundsätzen dürfte auch bei der vorliegenden Ergänzung des Rechtsmittelauftrags schriftliche Bestätigung oder eine anderweitige zuverlässige Kontrolle geboten gewesen sein, um Irrtümer und Mißverständnisse der geltend gemachten Art auszuschließen.

Wiedereinsetzung

- Offensichtliches Versehen
 - Fürsorgepflicht des Gerichts
 - Rückfragepflicht des Gerichts
- (BGH, Urt. v. 11.2.1998 - VIII ZB 50/97)

Leitsatz:

Zur Wiedereinsetzung, wenn dem Prozeßbevollmächtigten in einem Antrag auf Verlängerung der Berufungsbegründungsfrist ein offensichtliches Versehen in der Angabe des Datums der zu verlängernden Frist unterläuft.

Aus den Gründen:

I. Die Beklagte hat gegen ein ihr zugestelltes Urteil des Landgerichts H. am 19.2.1997 Berufung eingelegt und in der Berufungsschrift zugleich eine Verlängerung der Berufungsbegründungsfrist bis zum „15.3.1997“ beantragt. Ihre

Berufungsbegründung ist erst am 8.4.1997 mit einem Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen die Versäumung der Frist zur Berufungsbegründung beim Oberlandesgericht N. eingegangen.

Sie hat dazu unter Glaubhaftmachung vorgetragen:

Bei der Übertragung des Banddiktats ihres Prozeßbevollmächtigten sei der in der Kanzlei tätigen Auszubildenden ein Schreibfehler unterlaufen; anstatt - wie diktiert - „15.04.1997“ zu schreiben, habe sie als Ende der beantragten Fristverlängerung „15.03.1997“ aufgenommen. Dieser Schreibfehler sei weder dem Prozeßbevollmächtigten beim Unterschreiben noch der Bürovorsteherin, der die Kontrolle der Schriftsätze auf Schreibfehler obliege, aufgefallen. Im Vertrauen auf die Gewährung der Fristverlängerung sei im Fristenkalender sogleich der 15.4.1997 als letzter Tag der Berufungsbegründungsfrist eingetragen worden. Erst die beim Prozeßbevollmächtigten am 1.4.1997 eingegangene Mitteilung des Berufungsgerichts, bis zum Ablauf der Berufungsbegründungsfrist sei kein entsprechender Schriftsatz eingegangen, habe zur Entdeckung des Schreibfehlers geführt.

Das Oberlandesgericht hat mit Beschluß vom 16.10.1997 die beantragte Wiedereinsetzung in den vorigen Stand versagt und zugleich die Berufung der Beschwerdeführerin als unzulässig verworfen. Gegen diesen am 27.10.1997 zugestellten Beschluß richtet sich die am 10.11.1997 eingegangene sofortige Beschwerde.

II. Das zulässige Rechtsmittel hat Erfolg.

1. Nach Auffassung des Berufungsgerichts beruht die Versäumung der Frist zur Begründung der Berufung auf einem der Beklagten zurechnenden Verschulden ihres Prozeßbevollmächtigten (§§ 233, 85 Abs. 2 ZPO). Dieser hätte bei Anwendung der von einem pflichtbewußten Rechtsanwalt zu erwartenden Sorgfalt den Schreibfehler seiner Hilfskraft bei Unterzeichnung der mit dem Antrag auf Fristverlängerung verbundenen Berufungsschrift erkennen müssen. Ein fahrlässiges Verhalten stelle es auch dar, daß im Vertrauen auf eine entsprechende Praxis des Gerichts in einem anderen Fall im Fristenkalender sogleich das Ende der begehrten Fristverlängerung (15.4.1997) eingetragen worden sei. Der Anwalt sei gehalten, die Einhaltung der Fristen in Rechtsmittelsachen durch organisatorische Maßnahmen sicherzustellen.

2. Diese Ausführungen halten der rechtlichen Überprüfung in einem entscheidenden Punkt nicht stand.

a) Zutreffend ist der Ausgangspunkt des Berufungsgerichts. Nach gefestigter Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs hat ein Rechtsanwalt die Berufungsschrift auf ihre Vollständigkeit und Richtigkeit zu prüfen (*Beschl. v. 20.2.1995 - II ZB 16/94, NJW 1995, 1499 = GI 1996, 34; Urt. v. 1.12.1997 - II ZR 85/97, bisher unveröffentlicht*). Das gilt vorliegend auch für den nur wenige Zeilen umfassenden Text des mit der Berufungseinlegung verbundenen Antrags auf Verlängerung der Berufungsbegründungsfrist.

b) Zu Recht beanstandet das Oberlandesgericht auch, daß im Büro des Beklagtenvertreters so gleich bei Antragstellung das Ende der begehrten Fristverlängerung in den Kalender eingetragen wurde. Nach der höchstrichterlichen Rechtsprechung ist das mutmaßliche Ende der gesetzlichen Berufungsbegründungsfrist bei oder alsbald nach Absendung der Berufungsschrift im Fristenkalender zu notieren. Dieser Vermerk ist zu überprüfen und gegebenenfalls zu korrigieren, wenn das genaue Eingangsdatum bei Gericht bekannt wird (*BGH, Beschl. v. 6.5.1997 - VI ZB 12/97, MDR 1997, 775 = GI 1997, 289*). Die erbetene Verlängerung der Berufungsbegründungsfrist darf erst dann eingetragen werden, wenn die Verlängerung tatsächlich bewilligt worden ist (*BGH, Beschl. v. 25.1.1984 - IVa ZB 11/83, VersR 1984, 336*).

c) Dennoch ist der Beklagten in dem hier gegebenen besonderen Ausnahmefall Wiedereinsetzung zu gewähren. Die Berücksichtigung der aus dem Gebot des fairen Verfahrens folgenden Fürsorgepflicht des Gerichts gegenüber den Parteien führt bei wertender Betrachtung dazu, daß die Fristsäumnis der Beklagten im Ergebnis nicht angelastet werden kann. **Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts kann unter besonderen Umständen ein Gericht aufgrund seiner Fürsorgepflicht gehalten sein, einem drohenden Fristsäumnis seitens der Partei entgegenzuwirken.** So hat das Verfassungsgericht angenommen, daß das Gericht, bei dem das Verfahren anhängig gewesen ist, verpflichtet ist, fristgebundene Schriftsätze für das Rechtsmittelverfahren, die bei ihm eingereicht werden, im ordentlichen Geschäftsgang an das zuständige Rechtsmittelgericht weiterzuleiten (*BVerfG, Beschl. v. 20.6.1995, NJW 1995, 3173 f*). Dem hat sich der Bundesgerichtshof angeschlossen (*Urt. v. 1.12.1997 - II ZR 85/97*).

Vergleichbar verhält es sich im Streitfall. Das Oberlandesgericht wurde durch die fristgerechte Einlegung der Berufung mit der Sache befaßt, so daß ihm gewisse Pflichten den Prozeßparteien gegenüber erwachsen. Zwar sind der Fürsorgepflicht des Gerichts enge Grenzen gesetzt. **Die Justiz muß im Interesse ihrer Funktionsfähigkeit vor zusätzlicher Belastung geschützt werden** (*BVerfG, Beschl. v. 20.6.1995, a.a.O.*). Dem Oberlandesgericht war es jedoch ohne jede Mühe möglich, den offenbaren Fehler, der dem Prozeßbevollmächtigten der Beklagten bei der Angabe des Datums der begehrten Fristverlängerung unterlaufen war, zu korrigieren. **Dem Gericht mußte sich nach Eingang des Verlängerungsantrags die Erkenntnis aufdrängen, daß dem Beklagtenvertreter offensichtlich ein Versehen bei der Angabe der zu verlängernden Begründungsfrist unterlaufen war.** Es macht keinen Sinn, die Verlängerung einer Frist auf einen Zeitpunkt zu beantragen, der vor deren gesetzlichen Ablauf liegt.

Das Oberlandesgericht durfte, wenn es nicht schon von sich aus den Schluß darauf ziehen wollte, daß in Wahrheit der „15.04.“ statt des „15.03.“ gemeint war, nicht ohne jede Rückfrage den Ablauf der Berufungsbegründungsfrist abwarten und damit sehenden Auges zulassen, daß die Partei Rechtsnachteile erleiden würde. Von dem Gericht war zu erwarten, daß es den Prozeßbevollmächtigten der Beklagten fernmündlich, per Telefax oder durch einfachen Brief auf das falsche Datum in seinem Verlängerungsantrag aufmerksam machte.

Dies bot sich auch deshalb an, weil dieser Antrag gleich zu Beginn des gesetzlichen Laufs der Berufungsbegründungsfrist einging, so daß dem Gericht die volle Frist zu einem Tätigwerden zur Verfügung stand. Hinzu kommt, daß das Gericht nicht davon ausgehen durfte, der Prozeßbevollmächtigte der Beklagten werde seinen Irrtum durch eine Anfrage bei Gericht noch rechtzeitig aufklären können.

Bei einem fristgerecht gestellten Verlängerungsantrag obliegt dem Anwalt grundsätzlich keine Erkundigungspflicht; dies gilt insbesondere für den ersten Verlängerungsantrag, weil der Anwalt mit großer Wahrscheinlichkeit erwarten kann, daß die Frist, wie es die Regel ist, verlängert wird (*Senat, Beschl. v. 2.2.1983 - VIII ZB 1/83, NJW 1983, 1741; vgl. BVerfG, Beschl. v. 28.2.1989 - 1 BvR 649/88, NJW 1989, 1147*). Zu Recht macht die Beklagte in ihrer Beschwerdeschrift auch geltend, sie habe **darauf vertrauen**

dürfen, daß die Berufung nicht vor Bescheidung ihres Verlängerungsantrages verworfen werden würde (BGH, Beschl. v. 31.10.1985 - V ZB 5/85, VersR 1986, 166).

Bei entsprechendem Handeln des Gerichts hätte der Prozeßbevollmächtigte der Beklagten entweder die gesetzliche Begründungsfrist einhalten oder einen sachgerechten und erfolgversprechenden (erstmaligen) Verlängerungsantrag stellen können. Unter diesen Umständen wirkt sich vorliegend das Verschulden des Prozeßbevollmächtigten bei dem Fristversäumnis nicht mehr aus (vgl. BVerfG, Beschl. v. 20.6.1995, a.a.O., S. 3175).

Wiedereinsetzung, Änderung der Rechtsprechung

- Schuldhaftes Fristversäumnis
 - Schriftsatz an falsches Gericht (hier: Vorinstanz)
 - Verspätete Weiterleitung an Rechtsmittelgericht
- (BGH, Urt. v. 1.12.1997 - II ZR 85/97)

Leitsatz:

Wird ein fristgebundener Schriftsatz statt an das Rechtsmittelgericht an das Ausgangsgericht adressiert und verzögert sich die Weiterleitung an das Rechtsmittelgericht, so ist der Partei Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zu gewähren, falls bei einer Weiterleitung im ordentlichen Geschäftsgang der Schriftsatz noch fristgerecht beim Rechtsmittelgericht eingegangen wäre (im Anschluß an BVerfGE 93, 99).

Zum Sachverhalt:

Die Kläger nehmen die Beklagten nach Kündigung eines Gesellschaftsvertrags auf Zahlung ihres Abfindungsguthabens in Anspruch. Das Landgericht M. hat die Klage abgewiesen.

Gegen das ihnen am 5.6.1996 zugestellte Urteil haben die Kläger mit einem an das Landgericht gerichteten Schriftsatz vom 25.6.1996, eingegangen am selben Tage bei der allgemeinen Einlaufstelle der Justizbehörden in M., Berufung eingelegt. Das Landgericht hat den Schriftsatz

zu den Verfahrensakten genommen und ihn, zusammen mit den Akten, erst unter dem 19.7.1996 dem Oberlandesgericht vorgelegt. Dort ist er nicht vor dem 20.10.1996 eingegangen.

Mit einem am 23.10.1996 beim Oberlandesgericht eingegangenen Schriftsatz vom selben Tage haben die Kläger erneut Berufung eingelegt und zugleich Wiedereinsetzung in den vorigen Stand beantragt. Zur Begründung haben sie vorgetragen, ihr Prozeßbevollmächtigter habe die Berufungsschrift vom 25.6.1996 ohne weitere Prüfung unterzeichnet. Am 2.7.1996 sei ihm die Akte aufgrund der nicht ausgetragenen Vorfrist erneut vorgelegt worden. Dabei habe er den Fehler bemerkt, die Adressierung geändert und diese zweite Berufungsschrift noch am Abend des 2.7.1996 selbst in den Briefkasten des Postamts P. geworfen. Eine Berufungsschrift vom 2.7.1996 ist beim Oberlandesgericht M. nicht eingegangen, worüber der Prozeßbevollmächtigte der Kläger nach deren Vorbringen bei einem Anruf am 22.7.1996 unterrichtet wurde. Zur Glaubhaftmachung haben die Kläger eidesstattliche Versicherungen ihres Prozeßbevollmächtigten sowie eines bei diesem beschäftigten Rechtsanwalts vorgelegt.

Das Berufungsgericht hat den Wiedereinsetzungsantrag zurückgewiesen und die Berufung als unzulässig verworfen. Hiergegen richtet sich die Revision der Kläger. - Die Revision hat Erfolg.

Aus den Gründen:

I. Nach Auffassung des Berufungsgerichts beruht die Versäumung der Berufungsfrist auf einem den Klägern zuzurechnenden Verschulden ihres Prozeßbevollmächtigten. Die fehlerhaft an das Landgericht gerichtete Berufungsschrift vom 25.6.1996 hätte er auf Richtigkeit und Vollständigkeit überprüfen müssen. Daß die berichtigte Berufungsschrift vom 2.7.1996 noch vor Fristablauf am 5.7.1996 angefertigt und zur Post gegeben worden sei, sei nicht hinreichend glaubhaft gemacht.

II. Diese Ausführungen halten den Angriffen der Revision jedenfalls insoweit nicht stand, als es um die Fristversäumnis wegen der fälschlich an das Landgericht adressierten und nicht rechtzeitig an das Oberlandesgericht weitergeleiteten Berufungsschrift vom 25.6.1996 geht. Insofern ist den Klägern Wiedereinsetzung zu gewähren (§ 233 ZPO).

Die Frage, ob die Kläger die Absendung einer zweiten, berichtigten Berufungsschrift am 2.7.1996 hinreichend glaubhaft gemacht haben, kann darum auf sich beruhen.

1. Im Ausgangspunkt zutreffend nimmt das Berufungsgericht an, daß der Rechtsanwalt die Berufungsschrift persönlich auf ihre Richtigkeit und Vollständigkeit zu prüfen hat (vgl. *Senatsbeschl. v. 20.2.1995 - II ZB 16/94, Gl 1996, 34 = NJW 1995, 1499 m.w.N.*) und daß deswegen (auch) ein den Klägern zuzurechnendes (§ 85 Abs. 2 ZPO) Verschulden ihres Prozeßbevollmächtigten ursächlich dafür geworden ist, daß die Berufungsschrift vom 25.6.1996 das zuständige Oberlandesgericht nicht rechtzeitig erreicht hat.

2. Dennoch ist den Klägern Wiedereinsetzung zu gewähren, weil die Berufungsschrift vom 25.6.1996 so rechtzeitig beim Landgericht eingegangen ist, daß sie noch fristgerecht bis zum Ende der Berufenungsfrist am 5.7.1996 an das Oberlandesgericht hätte weitergeleitet werden können. Unter diesen Umständen beruht die Fristversäumung letztlich nicht mehr auf einem den Klägern anzulastenden Verschulden ihres Prozeßbevollmächtigten.

Allerdings hat der Bundesgerichtshof früher in ständiger Rechtsprechung eine Pflicht der Gerichte zur Weiterleitung fehlerhaft an sie adressierter Schriftsätze verneint, mindestens Mitursächlichkeit des Partei- oder Anwaltsverschuldens angenommen, und hat aus diesem Grunde Wiedereinsetzung in solchen Fallgestaltungen abgelehnt (zuletzt *Beschl. v. 5.2.1992 - XII ZB 3/92, VersR 1992, 1154*).

Diese Rechtsprechung kann nach dem Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 20.6.1995 (*BVerfGE 93, 99, 112 ff = NJW 1995, 3171, 3175*) zumindest für den Fall nicht aufrechterhalten werden, daß das angegangene Gericht zwar für das Rechtsmittelverfahren nicht zuständig ist, jedoch vorher selbst mit der Sache befaßt war. **Ein solches Gericht ist aus nachwirkender Fürsorgepflicht gehalten, fristgebundene Schriftsätze für das Rechtsmittelverfahren im Zuge des ordentlichen Geschäftsgangs an das Rechtsmittelgericht weiterzuleiten.**

Geht der Schriftsatz so rechtzeitig ein, daß eine fristgerechte Weiterleitung im ordentlichen Geschäftsgang ohne weiteres erwartet werden kann, wirkt sich ein Verschulden der Partei oder ihres Prozeßbevollmächtigten nicht mehr aus. So liegt der Fall hier, zumal Land- und Oberlan-

desgericht in München über eine gemeinsame Posteinlaufstelle verfügen. **Dabei ist ohne Bedeutung, daß der Prozeßbevollmächtigte der Kläger den Fehler tatsächlich noch rechtzeitig bemerkt hat und daher selbst in der Lage war, durch Einreichung einer neuen, fehlerfreien Berufungsschrift die Frist auch auf anderem Wege zu wahren.**

Der Senat kann von den Entscheidungen anderer Zivilsenate des Bundesgerichtshofs abweichen, ohne gemäß § 132 Abs. 2 GVG den Großen Senat anrufen zu müssen. Eine Vorlagepflicht entfällt, weil die Rechtsfrage nunmehr durch das Bundesverfassungsgericht im gegenteiligen Sinne verbindlich entschieden ist (§ 31 Abs. 1 BVerfGG; siehe dazu *Zöller/Gummer, ZPO 20. Aufl., § 132 GVG Rdn 4*).

3. Mit der Wiedereinsetzung verliert die Verwerfung der Berufung ihre Grundlage.

Fristenkontrolle

- Telefax
 - Ausgangskontrolle
 - OK-Vermerk, Sendebericht
- (*BGH, Beschl. v. 19.11.1997 - VIII ZB 33/97*)

Leitsatz:

Zur Ausgangskontrolle bei der Übermittlung fristwahrender Schriftsätze per Telefax.

Aus den Gründen:

I. Der Beklagte ist durch Urteil des Landgerichts Ffm. vom 24.4.1997 zur Rückzahlung einer Provisionsvorauszahlung von 9.276,19 DM nebst Zinsen verurteilt worden. Gegen dieses am 20.5.1997 zugestellte Urteil hat der Beklagte mit am 25.6.1997 eingegangenen Schriftsatz Berufung eingelegt und zugleich Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen die Versäumung der Berufenungsfrist beantragt.

Zur Begründung hat er vorgetragen, die Rechtsanwalts- und Notargehilfin M. seines Prozeßbevollmächtigten sei beauftragt gewesen, die unterschriebene Berufungsschrift fristwährend zum Oberlandesgericht zu faxen. Noch am 20.6.1997 (Freitag) habe sich der sachbearbeitende Rechtsanwalt Sch.-L. telefonisch aus B. nach der Berufung erkundigt. Frau M. habe be-

richtet, der zweitinstanzliche Prozeßbevollmächtigte Rechtsanwalt D. habe die Berufung unterschrieben und einer Übersendung stehe nichts mehr im Wege.

Frau M. habe sodann die Berufung in das Faxgerät gelegt und die gemeinsame Telefaxnummer des Oberlandesgerichts eingegeben; die Nummer sei jedoch vermutlich besetzt gewesen, so daß sich die automatische Wahlwiederholung eingeschaltet habe. Frau M. habe in der Zwischenzeit andere Arbeiten verrichtet, so daß sie nicht bemerkt habe, daß das Telefax nicht abgesandt worden sei. Nach zweimaliger Wahlwiederholung habe sich das Faxgerät automatisch abgeschaltet. Frau M. habe anschließend die restliche Post fertiggemacht und danach das Büro verlassen, ohne zu bemerken, daß das Telefax nicht abgesandt worden sei. Erst nach einem weiteren Telefonat mit Rechtsanwalt Sch.-L. am 22.6.1997 habe sie nach Überprüfung im Büro festgestellt, daß das Fax noch unversandt auf dem Telefaxgerät gelegen habe.

Das Berufungsgericht hat den Wiedereinsetzungsantrag zurückgewiesen und ausgeführt, der Beklagte müsse sich das Verschulden seines Prozeßbevollmächtigten anrechnen lassen, der es unterlassen habe, in seiner Kanzlei für eine wirksame Ausgangskontrolle bei der Übermittlung fristwahrender Schriftsätze per Telefax zu sorgen; darin liege ein Organisationsverschulden des Prozeßbevollmächtigten des Beklagten.

Dagegen richtet sich die sofortige Beschwerde des Beklagten.

II. Das Rechtsmittel ist gemäß §§ 23S Abs. 2, 519b Abs. 2, 567 Abs. 4 Satz 2 ZPO zulässig (BGHZ 21, 142, 147; *Senatsbeschl. v. 26.11.1957 - VIII ZB 14/5, NJW 1958, 183*), kann in der Sache jedoch keinen Erfolg haben.

1. Nach ständiger Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs **ist der Anwalt gehalten, durch entsprechende organisatorische Maßnahmen Fehlerquellen bei der Behandlung von Fristsachen in größtmöglichem Umfang auszuschließen.** Dazu gehört, wie das Berufungsgericht zutreffend ausgeführt hat, insbesondere eine **wirksame Ausgangskontrolle**, die vor allem erfordert, daß **Notfristen erst dann im Fristenkalender gelöscht werden, wenn das fristwahrende Schriftstück tatsächlich abgesandt worden ist oder zumindest sichere Vorsorge dafür getroffen ist, daß es tatsächlich rechtzeitig hinausgeht.**

Für die Übermittlung fristwahrender Schriftsätze per Telefax bedeutet dies, daß die Pflicht des Anwalts zur Ausgangskontrolle erst dann endet, wenn feststeht, daß der Schriftsatz wirklich übermittelt worden ist. Mit Rücksicht auf die **Risiken beim Einsatz eines Telefaxgerätes** kommt der Rechtsanwalt seiner Verpflichtung, für eine wirksame Ausgangskontrolle zu sorgen, nur dann nach, wenn er seinen dafür zuständigen Mitarbeitern **die Weisung erteilt, sich einen Einzelnachweis ausdrucken zu lassen, auf dieser Grundlage die Vollständigkeit der Übermittlung zu prüfen und die Notfrist erst nach Kontrolle des Sendeberichts zu löschen** (*Senatsbeschl. v. 8.12.1993 - VIII ZB 40/93, VersR 1994, 956, 957; BGH, Beschl. v. 29.4.1994 - V ZR 62/93, VersR 1994, 1494, 1495 = BGHR-ZPO § 233 Fristenkontrolle 36 = GI 1994, 258; BGH, Beschl. v. 18.10.1995 - XII ZB 123/95, VersR 1996, 778 f = BGHR-ZPO § 233 Fristenkontrolle 44*).

2. Daß eine solche Anweisung im Büro des Prozeßbevollmächtigten des Beklagten bestand, ergibt sich nicht aus den im Wiedereinsetzungsgesuch mitgeteilten Umständen. Zu Recht hat das Berufungsgericht einen Vortrag des Beklagten dazu vermißt, in welcher Weise im Büro seines Prozeßbevollmächtigten eine gezielte Nachprüfung des rechtzeitigen Abgangs fristwahrender Schriftsätze - bei Übermittlung durch Telefax mittels Kontrolle des Erfolges des Übermittlungsvorgangs - stattfindet und durch entsprechende Eintragung im Fristenkalender dokumentiert wird.

Zur Begründung des Wiedereinsetzungsgesuchs ist lediglich vorgetragen, der erstinstanzliche Prozeßbevollmächtigte des Beklagten habe am Tage des Ablaufs der Berufungsfrist, dem 20.6.1997, aus B. in seinem Büro angerufen und sich unter anderem nach der Berufung erkundigt, worauf ihm die Anwaltsgehilfin M. berichtet habe, die Berufungsschrift sei unterschrieben, so daß deren Übersendung an das Oberlandesgericht per Fax nichts mehr im Wege stehe.

Hierin lag aber, wie das Berufungsgericht zu Recht annimmt, auch keine konkrete Einzelanweisung, durch welche die Wahrung der Berufungsfrist in anderer Weise als durch allgemeine Büroanweisung hinreichend sichergestellt worden wäre (*siehe BGH, Beschl. v. 3.7.1991 - XII ZB 39/91 und v. 26.9.1995 - XI ZB 13/95, BGHR-ZPO § 233 Fristenkontrolle 19 u. 45; siehe auch Senatsbeschl. v. 22.11.1995 - VIII ZB 39/95, unveröffentlicht*); denn die telefonische Rückfrage vom 20.6.1997 diente nur der eigenen Unter-

richtung des Prozeßbevollmächtigten des Beklagten sowie einer Erinnerung der Anwaltsgehilfin M. an die fristgerechte Einreichung der unterschriebenen Berufungsschrift, stellte aber nicht sicher, daß der Schriftsatz auch tatsächlich ordnungsgemäß übermittelt wurde.

Der Anwalt hatte nicht darauf hingewiesen, daß die Absendung durch Ausdruck eines Sendebereichs zu überprüfen war, bevor die Berufungsfrist im Fristenkalender gelöscht werden durfte.

Wäre eine solche Weisung, sei es durch allgemeine Büroanweisung, sei es durch Einzelanweisung erteilt worden, wäre spätestens bei Büroschluß bemerkt worden, daß das Fax noch nicht abgesandt worden war, so daß die Berufungsschrift noch am Abend des 20.6.1997 bei Gericht hatte eingereicht werden können.

3. Auch das Vorbringen des Beklagten in der Beschwerdebegründung vermag die beantragte Wiedereinsetzung nicht zu rechtfertigen.

a) Soweit der Beklagte vorträgt, für den Fall der Absendung fristwahrender Schriftsätze mittels Telefaxgerätes sei Frau M. auf die technischen Gegebenheiten und die Risiken dieses Übermittlungsvorgangs „durch die Anwälte allgemein und durch Rechtsanwalt Sch.-L. insbesondere hingewiesen worden“, fehlt es auch hier an einer konkreten Darlegung, daß die beim Einsatz eines Telefaxgerätes erforderliche Ausgangskontrolle angeordnet worden ist.

b) Mit seinem neuen Vorbringen, Frau M. habe die Arbeit unterbrochen und aus nicht nachvollziehbaren Gründen keine weiteren Anstalten unternommen, sie wiederaufzunehmen, da sie seinerzeit gravierende familiäre Probleme gehabt habe, kann der Beklagte nicht gehört werden. Alle Tatsachen, die für die Gewährung der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand von Bedeutung sein können, müssen in der **zweiwöchigen Antragsfrist** (§§ 234 Abs. 1, 236 Abs. 2 ZPO) vorgetragen werden. **Lediglich erkennbar unklare oder ergänzungsbedürftige Angaben, deren Aufklärung nach § 139 ZPO geboten war, dürfen nach Fristablauf erläutert und vervollständigt werden** (ständige Rechtsprechung, BGH, Beschl. v. 28.2.1991 - IX ZB 95/90, NJW 1991, 1892 f. = BGHR-ZPO § 234 Abs. 1 Begründung 4; BGH, Beschl. v. 20.5.1992 - XII ZB 43/92, BGHR-ZPO § 234 Abs. 1 Begründung 6; BGH, Beschl. v. 8.4.1997 - VI ZB 8/97, NJW 1997, 2120, 2121 = Gl 1997, 237). Ein solcher Fall liegt hier jedoch nicht vor. Das Beschwerdevorbringen hinsichtlich des Verhaltens der Anwaltsgehilfin M. im Zusammenhang mit der ver-

suchten Absendung des Telefax am 20.6.1997 ergänzt die bisherigen Angaben nicht, sondern steht zu diesen in Widerspruch; denn im Wiedereinsetzungsgesuch war vorgetragen worden, Frau M. habe nach Einlegung der Berufungsschrift in das Faxgerät noch die restliche Post fertiggestellt und anschließend das Büro verlassen, ohne die unterbliebene Absendung des Telefax zu bemerken.

Falls mit dem jetzigen Vortrag des Beklagten ein einmaliges und nicht voraussehbares Versagen der Anwaltsgehilfin M. dargelegt werden soll, das auch durch eine ausreichende Ausgangskontrolle nicht hätte abgewendet werden können, kann dies keine Berücksichtigung mehr finden.

Berufungsbegründung

- Darlegungslast, § 519 Abs. 3 Nr. 2 ZPO
 - Mehrere Streitgegenstände
- (BGH, Urt. v. 13.11.1997 - VII ZR 199/96)

Leitsatz:

Die Berufungsbegründung muß auf den zur Entscheidung stehenden Fall zugeschnitten sein. Ist die Klageabweisung hinsichtlich eines prozessualen Anspruchs auf zwei voneinander unabhängige, selbständig tragende rechtliche Erwägungen gestützt, muß die Berufungsbegründung darlegen, warum jede der beiden Erwägungen die Entscheidung nicht trägt.

Zum Sachverhalt:

Die Klägerin verlangt zum einen Zahlung restlichen Werklohns für Dacheindeckungsarbeiten. Durch rechtskräftiges Teilurteil wurden ihr 66.475,50 DM nebst Zinsen für die Zeit vom 21.10.1981 bis 30.9.1982 zugesprochen. Zum anderen macht sie Zahlung von „Sowieso“-Kosten geltend, die bei Nachbesserungsarbeiten an der Dacheindeckung entstanden sind. Dieser Anspruch wurde rechtskräftig dem Grunde nach für gerechtfertigt erklärt.

Im Betragsverfahren hat die Klägerin mit Klageantrag Ziff. 1 jeweils zur Zahlung an sich selbst einen Betrag für „Sowieso“-Kosten in Höhe von 499.302,48 DM und als Verzugsschaden die Zahlung eines Betrages von 62.529,72 DM geltend gemacht, der aus Zinsen und deren Weiterverzinsung nach kontokorrentmäßiger Kapitalisie-

rung für die Zeit vom 20.10.1981 bis 30.9.1982 berechnet war. Mit den Klageanträgen Ziff. 2 und Ziff. 3 hat die Klägerin weitere „Zinsen und Zinseszinsen“ in Höhe von 64.658,69 DM und 1.159.210 DM begehrt, die in der selben Weise für den Zeitraum 30.9.1982 bis 30.3.1994 aus den Hauptforderungsbeträgen von 66.475,50 DM und 499.302,48 DM berechnet und zur Zahlung an die Volksbank B. verlangt worden sind mit der Begründung, es bestehe ein Freistellungsanspruch gegen die Beklagte, da eine Bürgin ab 1.10.1982 für Bankverbindlichkeiten der Klägerin habe aufkommen und hierfür selber Kredit aufnehmen müssen. Hilfsweise hat die Klägerin jeweils die Zahlung laufender Zinsen (ohne Zinseszinsen) für die Zeit 1.10.1981 bis 1.10.1982 (zu Klageantrag Ziff. 1) bzw. ab 1.10. 1982 (zu Klageanträgen Ziff. 2 und 3) geltend gemacht.

Das Landgericht hat die Beklagte auf den Klageantrag Ziff. 1 zur Zahlung von 391.662,52 DM (Sowieso-Kosten) zuzüglich laufender Zinsen vom 1.10.1981 bis 30.9.1982 und auf die Anträge Ziff. 2 und 3 zur Zahlung laufender Zinsen in unterschiedlicher Höhe für die Zeit vom 1.1.1987 bis 31.8.1993 verurteilt. Im übrigen hat es die Klage abgewiesen.

Die hiergegen gerichtete Berufung hat das Berufungsgericht zurückgewiesen und zur Begründung ausgeführt, mangels Berufungsbegründung sei die Berufung unzulässig, soweit das Landgericht die Zinseszinsforderung für die Zeit vom 1.10.1981 bis 1.10.1982 und den Anspruch auf Zinsen und Zinseszinsen ab 1.9.1993 abgewiesen habe; im übrigen war die Berufung nach Auffassung des Berufungsgerichts unbegründet. Dagegen richtet sich die Revision der Klägerin. Der Senat hat die Revision nicht angenommen, soweit sie nicht die Zulässigkeit der Berufung betrifft.

Aus den Gründen:

I. Die Revision ist nach § 547 ZPO statthaft, ohne daß es einer Annahme nach Maßgabe des § 554b ZPO bedarf. Dem steht nicht entgegen, daß der Tenor des angefochtenen Urteils insgesamt auf Zurückweisung der Berufung lautet und nicht auf Verwerfung der Berufung als unzulässig, soweit das Berufungsgericht eine ausreichende Berufungsbegründung vermißt. Maßgebend ist allein, daß der das Berufungsurteil tragender Grund die Berufung insoweit richtigerweise unzulässig sein läßt (vgl. BGH, Urt. v. 15.6.1993 - XI ZR 111/92 = NJW 1993, 3073 f.).

II. Die Revision hat keinen Erfolg. Eine ausreichende Berufungsbegründung liegt nicht vor.

1. a) Das Berufungsgericht hat die Berufung mangels Begründung als unzulässig betrachtet, soweit das Landgericht die Zinseszinsforderung für die Zeit 1.10.1981 bis 1.10.1982 abgewiesen hat. Die Berufungsbegründung habe allein die Zinszahlungen ab 1.10.1982 zum Gegenstand, als die Klägerin ihre Kredite nicht mehr selbst bedient und die Volksbank B. sich an die Bürgin gehalten habe.

b) Dies hält der rechtlichen Nachprüfung stand. Nach § 519 Abs. 3 Nr. 2 ZPO muß die Berufungsbegründung die bestimmte Bezeichnung der im einzelnen anzuführenden Gründe der Anfechtung (Berufungsgründe) sowie der neuen Tatsachen, Beweismittel und Beweisreden enthalten, die die Partei zur Rechtfertigung ihrer Berufung anzuführen hat. Danach muß die Begründung auf den zur Entscheidung stehenden Fall zugeschnitten sein. **Die Begründung muß deshalb erkennen lassen, in welchen Punkten tatsächlicher oder rechtlicher Art das angefochtene Urteil nach Ansicht des Berufungsklägers unrichtig ist, und sie muß im einzelnen angeben, aus welchen Gründen er die tatsächliche und rechtliche Würdigung des vorinstanzlichen Urteils in den angegebenen Punkten für unrichtig hält** (Senatsurt. v. 7.11.1996 - VII ZR 120/96 = ZfBR 1997, 83 f = BauR 1997, 352 f.).

Im Falle der uneingeschränkten Anfechtung muß die Berufungsbegründung geeignet sein, das gesamte Urteil in Frage zu stellen. **Bei einem teilbarem Streitgegenstand oder bei mehreren Streitgegenständen muß sie sich grundsätzlich auf alle Teile des Urteils erstrecken, hinsichtlich deren eine Änderung beantragt ist.** Anderenfalls ist das Rechtsmittel für den nicht begründeten Teil unzulässig (Senatsurt. v. 25.6.1992 - VII ZR 8/92 = BauR 1992, 808 = ZfBR 1992, 195 = NJW-RR 1992, 1340 f.).

Diesen Anforderungen genügt die Berufungsbegründung nicht. Es reicht nicht aus, daß in der Berufungsbegründung nur ausgeführt wird, das angefochtene Urteil sei unzutreffend, soweit es Ansprüche auf Zahlung von Zinsen und Zinseszinsen als verjährt angesehen habe. Die übrigen Ausführungen in der Berufungsbegründung zur Verjährung von Zinsen und Zinseszinsen befassen sich nur damit, daß der auf Zahlung an die Volksbank gerichtete Freistellungsanspruch in 30 Jahren verjähre. Sie ist also ausschließlich auf die mit den Klageanträgen Ziff. 2 und 3 gel-

tend gemachten Ansprüche zugeschnitten. Aus welchen Gründen die Abweisung des mit dem Klageantrag 1 zur Zahlung an die Klägerin selbst verlangten Zinseszinses angegriffen werden soll, wird in der Berufungsbegründung nicht ausgeführt.

2. a) Das Berufungsgericht führt aus, auch hinsichtlich der ab 1.9.1993 geltend gemachten Zinsen und Zinseszinsen fehle es mangels Berufungsbegründung an der Zulässigkeit der Berufung (zu Klageanträgen Ziff. 2 und 3). Nach dem eigenen Vortrag der Klägerin habe die Bürgin Zahlungen allenfalls bis zum 31.8.1993 erbracht, der Freistellungsanspruch habe zu diesem Zeitpunkt geendet.

b) Auch dagegen wendet sich die Revision im Ergebnis ohne Erfolg. Eine ausreichende Berufungsbegründung liegt auch insoweit nicht vor.

(1) Zinsen zur Zahlung an die Volksbank hat das Landgericht nur für die Zeit bis einschließlich 31.8.1993 zuerkannt und dazu ausgeführt, daß Kreditinanspruchnahme und Zinshöhe durch Bankbescheinigungen (zuletzt datierend vom 31.8.1993) hinreichend belegt seien. Für die Zeit danach wurde der Zinsanspruch abgewiesen. Die Berufungsbegründung befaßt sich damit nicht. Sie läßt nicht erkennen, aus welchen Gründen der Anspruch auch über den 31.8.1993 hinaus weiterverfolgt werden sollte.

(2) Den Anspruch auf Zinseszinsen hat das Landgericht aus mehreren Gründen abgewiesen, die die Entscheidung jeweils selbständig tragen. Es hat zum einen eine ausreichende Inverzugsetzung wegen rückständiger Verzugszinsen als Voraussetzung für den Anspruch auf Zinseszinsen vermißt. Zum anderen scheitert der Freistellungsanspruch auch an unzureichendem Vortrag zur Berechnung der Zinseszinsen.

Ist die Klageabweisung hinsichtlich eines prozessualen Anspruchs auf zwei voneinander unabhängige, selbständig tragende rechtliche Erwägungen gestützt, muß die Berufungsbegründung geeignet sein, das Urteil insgesamt in Frage zu stellen, weshalb sie für jede der beiden Erwägungen darzulegen hat, warum sie die angefochtene Entscheidung nicht trägt (BGH, Urt. v. 15.6.1993 - XI ZR 111/92 = NJW 1993, 3073 f; Beschl. v. 25.1.1990 - IX ZB 89/89 = NJW 1990, 1184). Daran fehlt es hier. Die Berufungsbegründung befaßt sich nur mit der letzten Erwägung des Landgerichts und führt zum Verzug nichts aus.

Honoraranspruch

- Verspätete Arbeitsleistung
 - Vorleistungspflicht des Steuerberaters?
 - Prozeßführungsfehler
- (OLG Düsseldorf, Urt. v. 27.2.1997 - 13 U 8/96)

Leitsätze (d. Red.):

1. Die Auffassung des Mandanten, die Abgabe der Steuererklärung sei verspätet erfolgt, berührt nicht den Honoraranspruch für die Steuererklärung.

2. Wünscht der Mandant eine Vorleistung des Steuerberaters ohne Vorschuß oder Sicherheitsleistung, muß dies ausdrücklich im Steuerberatungsvertrag vereinbart werden.

3. Die Kündigung des Steuerberatervertrages entbindet nicht von der Vergütungspflicht.

4. Der Regreßanspruch wegen fehlerhafter Prozeßführung setzt eine Darlegung des pflichtfähigen Handelns des Steuerberaters voraus, damit beurteilt werden kann, wie das Finanzgericht in der Sache hätte entscheiden müssen.

Aus den Gründen:

Der Rechtsstreit ist zur Entscheidung reif, soweit der Kläger den Beklagten auf Zahlung rückständigen Honorars in Höhe von 24.495,04 DM sowie auf Erstattung von 10 DM vorgerichtliche Mahnkosten in Anspruch nimmt. Der Senat hält es für sachdienlich, hierüber durch Teilurteil gemäß § 301 Abs. 1 ZPO vorab zu entscheiden.

I.

Der Kläger hat den Beklagten bis September 1994 in steuerlicher Hinsicht beraten. Gemäß Gebührenrechnung Nr. 10220/ 940308 vom 12.9.1994 verlangt er vom Beklagten die Zahlung restlichen Honorars von 30.446,09 DM. Gegenstand der Rechnung sind folgende Leistungen für die Veranlagungszeiträume 1988 bis 1993: Aufstellung der Jahresabschlüsse, Buchführung einschließlich des Kontierens der Belege, Überschußrechnungen der Einkünfte aus Gewerbebetrieb Kunstgewerbe, Einkommensteuererklärungen, Erklärungen zur Gewerbesteuer - Gewerbeertrag -, Umsatzsteuerjahreserklärungen, Überschußrechnungen der Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit sowie Überschußrechnungen der Einkünfte aus Kapitalvermögen.

Der Beklagte bestreitet den Umfang der vom Kläger erbrachten Leistungen sowie die Angemessenheit der Höhe der in Ansatz gebrachten Gebühren. Im übrigen erklärt der Beklagte die Aufrechnung mit Gegenforderungen.

Das Landgericht hat zunächst durch Versäumnisurteil vom 25.4.1995 der Klage antragsgemäß in Höhe eines Betrages von 30.446,09 DM zuzüglich 10 DM vorgerichtlicher Mahnkosten nebst 4 % Zinsen seit dem 29.9.1994 stattgegeben. In der auf den Einspruch des Beklagten hin anberaumten mündlichen Verhandlung am 8.8.1995 haben die Parteien in Höhe eines Teilbetrages von 5.000 DM übereinstimmend die Hauptsache für erledigt erklärt. Durch Urteil vom 31.10.1995 hat das Landgericht das Versäumnisurteil aufrecht erhalten, soweit nicht die Parteien den Rechtsstreit in der Hauptsache für erledigt erklärt haben.

Mit der dagegen gerichteten Berufung strebt der Beklagte unverändert die Abweisung der Klage in vollem Umfang an, wobei er zusätzlich geltend macht, daß die Zahlung eines Betrages von 5.000 DM lediglich zur Abwendung der Zwangsvollstreckung erfolgt sei.

Der Kläger schließt sich der Berufung an und beansprucht nach Maßgabe des Schriftsatzes vom 14.1.1997 eine höhere Verzinsung der Hauptforderung.

II.

1. In Höhe eines Teilbetrages von 24.495,04 DM hat das Landgericht den Beklagten zu Recht zur Zahlung des Honorars für die steuerliche Beratung durch den Kläger verurteilt. Der Beklagte hat die Tätigkeit des Klägers gemäß § 675 BGB und nach Maßgabe der Gebührenordnung für Steuerberater, Steuerbevollmächtigte und Steuerberatungsgesellschaften (StBGebV) zu vergüten.

2. Folgende Leistungen hat der Kläger unstreitig erbracht: Jahresabschlüsse, Überschußrechnungen der Einkünfte aus Gewerbebetrieb sowie Buchführung. Ohne Erfolg leugnet der Beklagte die Vergütungsfähigkeit der Tätigkeit des Klägers im Zusammenhang mit der Vorbereitung und Anfertigung der Steuererklärungen. Der Beklagte wendet ein, der Kläger habe die Steuererklärungen erst am 6.10.1994, also nach Kündigung des Steuerberatungsvertrages, beim Finanzamt eingereicht.

Indessen kommt es bei der Frage nach der Vergütungsfähigkeit nicht auf den Zeitpunkt der Abgabe der Steuererklärung beim Finanzamt an. Der Beklagte stellt nicht in Abrede, die vom Kläger vorbereiteten Steuererklärungen unterschrieben zu haben. Der Beklagte hatte **keine bestimmte Frist** – eventuell mit Ablehnungsandrohung – für die Anfertigung der Steuererklärungen gesetzt.

Die nach Auffassung des Beklagten verspätete Vorlage der Steuererklärungen war darauf zurückzuführen, daß der Kläger die Herausgabe seiner Arbeitsergebnisse von der Erbringung der Gegenleistung oder von der Stellung einer ausreichenden Sicherheitsleistung abhängig gemacht hatte. **Ob der Kläger die Steuererklärung verspätet dem Beklagten vorgelegt und hierdurch eine Vertragsverletzung begangen hat, berührt überdies nicht die Vergütungsfähigkeit der Leistung, sondern kann gegebenenfalls für die Frage einer Schadenersatzverpflichtung des Steuerberaters von Bedeutung sein.**

Wirksam bestritten hat der Beklagte lediglich die Positionen unter der Bezeichnung „Überschußrechnung der Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit/Kapitalvermögen“. Ob die vom Kläger hierzu in der mündlichen Verhandlung am 16.1.1997 überreichten Unterlagen als Tätigkeitsnachweis ausreichen, konnte im Termin nicht abschließend geklärt werden. Gegebenenfalls ist zu diesem Streitpunkt noch die vom Kläger benannte Zeugin B. zu vernehmen.

3. Ohne Erfolg wendet sich der Beklagte gegen die Höhe des vom Kläger berechneten Honorars. Die vom Kläger gewählten **Gebührenansätze sind nicht zu beanstanden**. Für die Aufstellung der Jahresabschlüsse und für die Buchführung berechnet der Kläger jeweils die **Mittelgebühr** nach §§ 33, 35 StBGebV. Für die Steuererklärungen berechnet er eine 3/10-Gebühr und bleibt damit sogar unter der Mittelgebühr von 3,5/10. Der Beklagte legt demgegenüber nicht dar, warum die Erledigung der genannten Arbeiten von unterdurchschnittlicher Bedeutung gewesen und daher eine Unterschreitung der Mittelgebühr geboten sein soll. Ebensowenig beanstandet der Beklagte die den Einzelgebühren zugrunde liegenden Gegenstandswerte.

Mit Ausnahme der Positionen „Überschußrechnung der Einkünfte ...“ sind die in der Gebührenrechnung vom 12.9.1994 aufgeführten Einzelgebühren berechtigt.

Aus der Addition der Einzelbeträge ergibt sich ein Gesamtbetrag von netto 29.666,10 DM.

Zuzüglich 15 % MwSt. 4.449,92 DM
beläuft sich der Bruttobetrag auf 34.116,02 DM.

Abzüglich der Gutschrift 940309 von 120,98 DM
und der Vorauszahlung von 4.500,00 DM
verbleibt eine Restforderung von derzeit 29.495,04 DM.

Unter Berücksichtigung der vom Beklagten am 21.6.1995 geleisteten Teilzahlung von 5.000 DM ist das landgerichtliche Urteil insoweit zu bestätigen, als hierdurch das Versäumnisurteil in Höhe von 24.495,04 DM aufrechterhalten wurde. In Höhe des Betrages von 5.000 DM ist der Rechtsstreit in der Hauptsache erledigt.

Dem steht nicht entgegen, daß der Beklagte im Senatstermin erklärt hat, den genannten Betrag lediglich unter Vorbehalt zur Abwendung der Zwangsvollstreckung gezahlt zu haben. Maßgebend ist, daß die Parteien insoweit erstinstanzlich übereinstimmend die Hauptsache für erledigt erklärt haben. Mit dieser Erklärung endete hinsichtlich dieses Teils der Klage die Rechtshängigkeit der Hauptsache (*Zöller/Vollkommer*, § 91a ZPO, Rdn. 9). An die Erledigungserklärung bleiben die Parteien gebunden.

Die übereinstimmende Erledigungserklärung gestaltet das Prozeßrechtsverhältnis und ist daher grundsätzlich unwiderruflich und auch nicht anfechtbar (*Vollkommer, a.a.O., Rdn. 11*).

Lediglich wegen der zusätzlich geltend gemachten Mahnkosten von 10 DM ist die Klage abzuweisen, weil der Beklagte bestreitet, daß erstattungsfähige Mahnkosten in diesem Umfang angefallen sind.

4. Gegenüber dem Honoraranspruch des Klägers kann der Beklagte nicht wirksam aufrechnen. Aus dem allgemein gehaltenen Vorwurf, der Kläger habe verzögerlich gearbeitet und auch in einem finanzgerichtlichen Verfahren Fristen nicht eingehalten – weswegen die Klage als unzulässig abgewiesen worden sei – ist ein konkreter dem Beklagten entstandener Schaden nicht abzuleiten.

Dies gilt auch für die Behauptung, der Kläger habe das Mandat übernommen, ohne darauf hinzuweisen, daß er seine Tätigkeit von einer

Vorschußleistung oder Sicherheit abhängig mache. Der Beklagte kann aus seiner mangelnden Zahlungsfähigkeit und -bereitschaft nicht den Anspruch herleiten, der Kläger müsse eine Leistung erbringen, ohne von seinem Zurückbehaltungsrecht Gebrauch zu machen.

Daß der Steuerberater die Herausgabe des Arbeitsergebnisses von der Honorarzahlung oder wenigstens von einer Sicherheitsleistung (§ 273 Abs. 3 BGB) abhängig machen kann, ist anerkannt. **Wünscht der Mandant, daß der Steuerberater ohne Sicherheitsleistung vorleistet, dann muß dies ausdrücklich vereinbart werden. An einer solchen Vereinbarung fehlt es im Streitfall.**

Der Kläger hat das **Zurückbehaltungsrecht auch nicht mißbräuchlich ausgeübt**. Der Beklagte übersieht in diesem Zusammenhang, daß er durch die Abtretung der ihm nicht mehr zustehenden Rückkaufwerte/Barwerte aus einer Rentenversicherung am 30.8.1994 eine in Wahrheit nicht bestehende Leistungsfähigkeit vorgetauscht, mithin den Kläger in betrügerischer Weise zur Erbringung seiner Leistung bewogen hat. Aus einer verzögerlichen Arbeitsweise des Klägers kann der Beklagte keine Rechte herleiten, weil er selbst sich nicht vertragsgetreu verhalten hat. Im übrigen **hat auch die Kündigung des Steuerberatervertrages den Beklagten nicht von seiner Vergütungspflicht entbunden** (§ 649 Satz 2 BGB).

Schließlich haftet der Kläger auch nicht wegen fehlerhafter Prozeßführung in einen finanzgerichtlichen Verfahren. Der Sachvortrag des Beklagten rechtfertigt nicht den Schluß, das Finanzgericht hätte bei einer Sachentscheidung eine Steuerrückzahlung von 6.664,26 DM zugunsten des Beklagten angeordnet. Insbesondere hat der Beklagte nicht den Einwand des Klägers ausgeräumt, wonach es zur Abweisung der Klage nur deshalb gekommen sei, weil der Beklagte keine Informationen erteilt und auf diese Weise seine Prozeßförderungspflicht verletzt habe.

Zur Darlegung einer Pflichtwidrigkeit des Klägers reicht es nicht aus, wenn der Beklagte den Zugang der Schreiben des Klägers vom 25.3.1994 und vom 15.6.1994 bestreitet. Im übrigen hat es der Beklagte versäumt, dem Gericht die erforderlichen Kenntnisse der tatsächlichen Umstände zu vermitteln, um beurteilen zu können, wie das Finanzgericht damals in der Sache hätte entscheiden müssen (vgl. BGH, Urt. v. 13.6.1996, GI 1996, 256).

Steuerberaterhaftung

- Mietvertrag ohne Mietzahlung und Nebenkostenabrechnung
- Belehrungspflichten zum Erhalt von Steuervorteilen?

(OLG Hamm, Urt. v. 5.12.1997 - 25 U 55/97;

vgl. Urt. v. 13.12. 1995 - 25 U 173/94 = GI 1996, 117)

Leitsätze (d.Red.):

1. Erhält der Mandant vom Mieter (hier: Mutter) trotz Mietvertrages keine Miete und wird keine Nebenkostenabrechnung erstellt, zeigt das Verhalten, daß durch den Mietvertrag kein Mietverhältnis ernsthaft begründet werden sollte.

2. Bei einem nicht gewollten Mietverhältnis muß der Steuerberater nicht darüber beraten, wie sich der Mandant gleichwohl Steuervorteile verschaffen kann.

Aus den Gründen:

Die Berufung des Klägers gegen das klageabweisende Urteil des Landgerichts ist mit der Kostenfolge aus § 92, 97 Absatz 2 ZPO teilweise begründet.

Von seinem Standpunkt aus zu Recht hat das Landgericht den vom Senat dem Grunde nach als gerechtfertigt ausgeurteilten Steuerschaden für die Veranlagungsjahre 1985, 1986 und 1987 im Betragsverfahren als nicht nachgewiesen angesehen. Obwohl das Landgericht dem Kläger Gelegenheit gegeben hat, seinen Schaden zu belegen, und der Senat in seinem Urteil vom 13.12.1995 - 25 U 173/94 (GI 1996, 117) darauf hingewiesen hat, daß der zur Höhe streitige Schaden durch Vorlage aller hierzu erforderlichen Belege noch nachzuweisen sei, ist der Kläger dem erst in dem jetzigen Berufungsverfahren nachgekommen mit der Folge, daß der Beklagte nachfolgend gegen die Schadenhöhe keine Einwände mehr erhoben hat.

Diesen nunmehr geführten Schadennachweis hätte der Kläger bereits im Betragsverfahren vor dem Landgericht führen können, mit der Folge, daß er trotz Obsiegens in der Berufungsinstanz die Kosten des Berufungsverfahrens gemäß § 97 Abs. 2 ZPO zu tragen hat.

Soweit das Landgericht den mit der Klageerweiterung für 1988 verfolgten Steuerschaden von 3.000 DM nicht zuerkannt hat, folgt der Senat

dem im Ergebnis. Zu Recht hat das Landgericht festgestellt, daß das zuvor genannte rechtskräftige Senatsurteil nur den Steuerschaden des Klägers für die Jahre 1985 bis 1987 dem Grunde nach als gerechtfertigt angesehen hat. Für das anschließende Steuerjahr hat der Kläger den behaupteten Steuerschaden nicht bewiesen. Der Kläger hat zwar mit seiner Mutter bereits unter dem 31.3.1985 einen Mietvertrag über die Obergeschoßwohnung in seinem neu erbauten Zweifamilienhaus im L-Weg geschlossen. Dieser Vertrag ist aber in der Folgezeit, obwohl die Mutter die Obergeschoßwohnung am 1.4.1985 bezogen hat, nicht durchgeführt worden.

So hat die Mutter weder monatliche Mietzahlungen an den Kläger geleistet noch hat der Kläger jährliche Nebenkostenabrechnungen erstellt und deren anteilmäßige Bezahlung von seiner Mutter verlangt. Dieses Verhalten läßt nur den Schluß zu, daß der Mietvertrag vom 31.3.1985 **kein Mietverhältnis i.S.d. § 535 BGB** begründen sollte, sondern entweder bei Abschluß nicht ernsthaft gewollt war (§ 117 BGB) oder in der Folgezeit aufhebend nicht praktiziert worden ist.

Damit steht im Einklang, daß das Finanzamt W. seine abtrennende Entscheidung entsprechend dem Vermerk vom 9.8.1989 ausweislich der beigezogenen Einkommensteuerakte nicht mit dem der Mutter unentgeltlich eingeräumten und wieder aufgehobenen Nießbrauchsrecht begründet hat, sondern mit der fehlenden Vermietung des Obergeschosses an die Mutter. In der beigezogenen Steuerakte ist nämlich festgehalten, daß mit dem Kläger eine Einigung dahin erzielt worden ist, daß der erweiterte Schuldzinsenabzug und die AfA nach § 7b EStG nicht anerkannt werden, weil der mit der Mutter geschlossene Mietvertrag nicht durchgeführt worden ist, was mit dem fehlenden Mietabfluß und der nicht erfolgten jährlichen Abrechnung der Nebenkosten begründet worden ist.

Bei einem nicht gewollten Mietverhältnis ist der Steuerberater aber nicht gehalten, den Mandanten zu beraten, wie er sich gleichwohl Steuervorteile verschaffen kann, die der Sach- und Rechtslage nicht entsprechen. Ein solcher Rat würde den Steuerberater nämlich in den **Geruch der Beihilfe zur Steuerhinterziehung** bringen.

Die Berufung des Klägers war daher nur teilweise erfolgreich.

Treuhänderhaftung

- Baubetreuungsvertrag, § 34c Nr. 2b Gewerbeordnung
- Prüfung Bautenstand
- Zahlungen
- Freigabepfung durch verflochtene Dritte
(OLG Saarbrücken, Urt. v. 23.8.1996 - 10 O 226/93)

Leitsätze (d.Red.):

1. Der umfassende Treuhandvertrag ist als Baubetreuungsvertrag zu qualifizieren; der Treuhänder hat die wirtschaftliche Vorbereitung und Durchführung des Bauvorhabens im fremden Namen und auf fremde Rechnung übernommen.

2. Jeder Auszahlung hat eine Prüfung des Bautenstandes vorherzugehen.

Zum Sachverhalt:

Die Kläger (Eheleute) begehren von der Beklagten Schadenersatz in Höhe von 132.763 DM wegen Schlechterfüllung des zwischen ihnen geschlossenen Treuhandvertrages.

Die Kläger gründeten zusammen mit anderen Bauherren bezüglich der Sanierung eines Gebäudes in S., N.-Straße, eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts. Ziel dieser Gesellschaft war die einheitliche Ausübung der Bauherrenrechte. Das Gebäude wurde von mehreren Bauherren zunächst in Bruchteilseigentum erworben, dann nach dem Wohnungseigentumsgesetz aufgeteilt und saniert.

Die Kläger schlossen am 27.12.1990 vor dem Notar S. mit der Beklagten einen Treuhand- und Geschäftsbesorgungsvertrag. Hierin beauftragten sie die Beklagte, im Namen und für Rechnung der Kläger ausschließlich in deren Interesse alle Rechtsgeschäfte und Rechtshandlungen vorzunehmen, die mit dem Bauvorhaben der Kläger im Zusammenhang stehen. Baubetreuer und Grundstücksverkäufer war die K. und L. Gesellschaft bürgerlichen Rechts.

Generalübernehmer wurde die mit dem Baubetreuer wirtschaftlich verflochtene P.-GmbH, welche sich im Generalübernehmervertrag vom 21.11.1991 gegenüber den Bauherren dazu verpflichtete, gegen einen Pauschalfixpreis von 1.102.029,88 DM das Bauwerk schlüsselfertig zu sanieren. Der Generalübernehmer wurde im

November 1992 noch vor Beendigung der Sanierung insolvent. Bei Einstellung der Bauarbeiten war das Bauvorhaben weder vollendet noch abgenommen.

Zwischen den Parteien besteht Streit darüber, ob die Beklagte an den Generalübernehmer zur Vergütung der Bauleistung - so die Behauptung der Kläger 1.084.000,06 DM - oder - so die Behauptung der Beklagten 1.078.243,53 DM - ausbezahlt habe. Unstreitig ist jedenfalls, daß die Beklagte an den Generalübernehmer über den streitigen Betrag hinaus weitere 30.325 DM für die Erfüllung von Brandschutzaufgaben leistete, die - was zum Zeitpunkt des Abschlusses des Generalübernehmervertrages bereits bekannt war - bei Erteilung der Abgeschlossenheitsbescheinigung gestellt worden waren. Der Betrag von 30.325 DM wurde von den Klägern aufgebracht, die darüber hinaus zur Aufbringung des im Streit stehenden Betrages von 1.084.000,06 bzw. 1.078.243,53 DM 59,41% oder 640.597,31 DM zahlten.

Vor Auszahlung der fälligen Abschlagsraten an den Generalübernehmer prüfte die Beklagte den jeweiligen Bautenstand nicht. Nachdem sich auch der bauleitende Architekt Sch., der Streitverkündungsgegner, geweigert hatte, den Bautenstand zu überprüfen, nahm die Beklagte diese Prüfung aufgrund der Freigabevermerke des Baubetreuers vor.

Die Kläger sind der Meinung, die Beklagte habe ihre Pflicht zur Überprüfung des Bautenstandes verletzt, da - so die Behauptung der Kläger - im Zeitpunkt der Insolvenz des Generalübernehmers lediglich ein Bautenstand von 78% erreicht gewesen sei. Daher habe die Beklagte eine Überzahlung veranlaßt.

Die Kläger sind weiterhin der Meinung, ein gesonderter Schaden sei dadurch entstanden, daß die Beklagte an den Generalübernehmer weitere 30.325 DM als Gegenleistung für die Erfüllung der Brandschutzaufgaben geleistet habe, obwohl diese Leistung vom Pauschalpreis mit abgegolten worden wäre.

Die Kläger beantragen,

1. die Beklagte zu verurteilen, an die Kläger 132.763,00 DM nebst 4% Zinsen seit Rechtshängigkeit zu zahlen;
2. die Widerklage abzuweisen.

Hilfsweise beantragen die Kläger in der folgenden Reihenfolge,

1. für brandschutzbedingte Mehrkosten 30.325 DM,
2. für Gebühren für Statik, Prüfstatik und Behörden in Höhe von 11.987 DM,
3. für eine Konventionalstrafe weitere 3.828 DM,
4. für überhöhte Baukosten 64.498 DM,
5. für Nichtgestellung einer Vertragserfüllungsbürgschaft 60.500 DM zu zahlen.

Die Beklagte beantragt,

1. die Klage abzuweisen;
2. im Wege der Widerklage die Kläger zu verurteilen, an die Beklagte 12.255 DM nebst 4 % Zinsen seit Rechtshängigkeit zu zahlen.

Die Beklagte behauptet, zum Zeitpunkt der Insolvenz des Generalübernehmers sei ein Bautenstand von 95% erreicht gewesen. Sie ist der Ansicht, daß den Klägern kein Schaden entstanden sei, da jedenfalls die Wohnungen der Kläger zum Zeitpunkt der Insolvenz bereits im wesentlichen fertiggestellt gewesen seien. Darüber hinaus seien von der klägerischen Forderung die Steuervorteile der Kläger im Rahmen der Vorteilsausgleichung in Abzug zu bringen. Auch müßten sich die Kläger weiterhin ein Mitverschulden gemäß § 254 BGB anrechnen lassen. Schließlich stehe den Beklagten ein Zurückbehaltungsrecht aus § 255 BGB zu, da die Kläger verpflichtet seien, gemäß § 255 BGB Schadenersatzansprüche gegenüber ihren Mitgesellschaftern abzutreten.

Widerklagend begehrt die Beklagte die Zahlung von der Höhe nach unstreitigen Treuhandgebühren in Höhe von 12.255 DM.

Im Schriftsatz vom 3.7.1995 erklären die Kläger die Aufrechnung mit Schadenersatzansprüchen aus der behaupteten unberechtigten Vergütung von Brandschutzmaßnahmen in Höhe von 30.325 DM. (...)

Das Gericht hat über den Bautenzustand zum Zeitpunkt der Arbeitseinstellung durch Sachverständigengutachten des Sachverständigen St. sowie durch Vernehmung des Zeugen Sch. Beweis erhoben. (...)

Aus den Gründen:

I. Zur Klage

Die zulässige Klage ist begründet. Den Klägern steht ein vertraglicher Anspruch auf Zahlung von Schadenersatz in erkannter Höhe aus dem

rechtlichen Aspekt der positiven Vertragsverletzung des zwischen den Parteien abgeschlossenen Treuhandvertrages zu.

1. Der zwischen den Parteien abgeschlossene **Treuhandvertrag** ist im Rechtssinne **als Baubetreuungsvertrag** zu qualifizieren, da die Beklagte gemäß Ziff. 3.1 des Treuhandvertrages die Verpflichtung übernommen hat, „im Namen und für Rechnung des Treugebers alle Rechtsgeschäfte und Rechtshandlungen vorzunehmen, die mit dem Bauvorhaben des Treugebers in Zusammenhang stehen“. **Mithin hat die Beklagte gemäß § 34c Nr. 2b Gewerbeordnung die wirtschaftliche Vorbereitung oder Durchführung eines Bauvorhabens in fremdem Namen und auf fremde Rechnung übernommen.**

2. Weiterhin steht aufgrund der durchgeführten Beweisaufnahme zur Überzeugung des Gerichts fest, daß die von der Beklagten geleisteten **Zahlungen an den Generalübernehmer nicht dem erreichten Bautenstand entsprachen.**

Der Sachverständige St., auf dessen Gutachten zur Vermeidung von Wiederholungen inhaltlich Bezug genommen wird, kommt mit überzeugender Begründung zum Ergebnis, daß der Wert der am 14.11.1992 noch nicht fertiggestellten Arbeiten 237.718 DM beträgt. Diese Feststellungen des Sachverständigen werden von den Parteien nur insoweit angegriffen, als die Beklagte den vom Sachverständigen St. geschätzten Sicherheitszuschlag von insgesamt 8.837,72 DM beanstandet. Diese Beanstandung ist prozessual unerheblich, da – wie sogleich gezeigt wird – die Klageforderung auch dann in voller Höhe berechtigt ist, wenn man – was zugunsten der Beklagten geschehen soll – den Wert der noch nicht fertiggestellten Arbeiten lediglich auf 228.880,28 DM veranschlagt.

Soweit der Sachverständige St. zur **Ermittlung des tatsächlichen Bautenstandes** den Wert der noch nicht fertiggestellten Arbeiten zur Gesamtsumme aller vergebenen Aufträge ins Verhältnis gesetzt hat, ist dieser mathematische Rechenweg nicht zu beanstanden, da die Gesamtsumme gegenständlich alle Bauleistungen erfaßt, die der Generalübernehmer in Erfüllung des Generalübernehmervertrages ausführen sollte. Demgemäß wäre es mathematisch fehlerhaft gewesen, anstatt der Gesamtauftragssumme den im Generalübernehmervertrag genannten Pauschalpreis zur Summe der nicht fertiggestellten Arbeiten ins Verhältnis zu setzen. Denn bei dieser Berechnung bliebe unberücksichtigt,

daß der Sachverständige St. den Wert der Restarbeiten auf der Grundlage der vergebenen Aufträge – nicht hingegen auf der Grundlage des vereinbarten Pauschalfixpreises – ermittelte.

Diese Berechnung trägt der im Generalübernehmervertrag getroffenen Risikoverteilung Rechnung: Da sich der Generalübernehmer gegenüber den Bauherren zur Erstellung des Bauwerks gegen eine Zahlung eines Fixpreises verpflichtete, trägt der Generalübernehmer, nicht hingegen der Bauherr das Risiko, daß der Generalübernehmer den vereinbarten Kostenrahmen in der Auftragsvergabe an die Bauleistungsträger nicht einhalten kann.

Anders lägen die Dinge allerdings dann, wenn die in der Gesamtauftragssumme enthaltenen Kosten für Brandschutzmaßnahmen im Pauschalpreis des Generalübernehmervertrages nicht enthalten gewesen wären. Dies ist jedoch nicht der Fall: Unstreitig waren die bei der Erteilung der Abgeschlossenheitsbescheinigung gestellten Auflagen bei Abschluß des Generalübernehmervertrages bekannt. Mithin gehören die Brandschutzaufgaben zu den in § 4 Abs. 13 des Generalübernehmervertrages genannten Aufwendungen, deren Erfüllung der Generalübernehmer als Teil seiner Leistungspflicht zugesagt hat.

Demgegenüber zählen die Brandschutzmaßnahmen nicht zum Kreis derjenigen behördlichen Auflagen, deren Erfüllung den Generalübernehmer gemäß § 3 Abs. 4 des Generalübernehmervertrages zur Erstellung eines Nachtragsangebots berechtigen würden. Denn nach Sinn und Zweck dieser vertraglichen Klausel sind mit „Änderungen“ im dort gebrauchten Sinne Umstände gemeint, die erst nach Abschluß des Generalübernehmervertrages auftreten.

Unerheblich ist es ferner, daß die Notwendigkeit der Brandschutzaufgaben und eine damit verbundene Erhöhung des projektierten Preises in der Gesellschafterversammlung vom 11.9.1991 unter den Gesellschaftern diskutiert und zum Gegenstand eines Beschlusses gemacht wurde. Denn die Gegenmeinung verkennt, daß sich der Umfang der vom Generalübernehmer zu erbringenden Leistungen und die Höhe des von den Bauherren geschuldeten Entgeltes ausschließlich nach Maßgabe des Generalübernehmervertrages selbst bestimmt, dessen Auslegung hinsichtlich der Einbeziehung der Brandschutzaufgaben in die Fixpreisabrede eindeutig ist. Ein abweichendes Auslegungsergebnis läßt sich

demgegenüber aus dem Wortlaut des Generalübernehmervertrages nicht ableiten.

Als Zwischenergebnis ist mithin festzuhalten, daß der Bautenstand 81,9 % des Gesamtaufwandes entsprach (Rechenweg: $228.880,28 : 1.263.860,00 \times 100$). Unter Berücksichtigung des 5 %igen Sicherheitseinbehalts, welcher selbst bei vollständiger Erfüllung des Generalübernehmervertrages zurückzuhalten gewesen wäre, hätten dem Generalübernehmer lediglich 76,9 % des Pauschalpreises, d.h. 847.460,92 DM zugestanden. Mithin lag eine Überzahlung von 230.782,58 DM vor.

3. Durch die Überzahlung des Generalübernehmers hat die Beklagte ihre aus dem Treuhandvertrag resultierenden Schutzpflichten zumindest fahrlässig verletzt. Nach richtiger Ansicht (BGH, NJW 1981, 572; Locher/Koeble, Baubetreuungs- und Bauträgerrecht 4. Aufl., Rdn. 166) **ist der über das Baugeldkonto verfügungsberechtigte Betreuer oder Treuhänder auch ohne ausdrückliche vertragliche Regelung verpflichtet, bei Zahlungsanweisungen an die am Bau Beteiligten, hier also an den Generalübernehmer, den jeweiligen Bautenstand zu überprüfen.** Dies folgt notwendigerweise daraus, daß mit einer finanziellen Betreuung auch die Kontrolle verbunden sein muß, ob die für das Bauvorhaben zur Verfügung gestellten Finanzierungsmittel bestimmungsgemäß verwendet werden. **Dieses Ziel würde erheblich gefährdet, wenn die Zahlungen des Betreuers lediglich von der Zustimmungserklärung des Betreuten abhängig wären, dem jedenfalls im Regelfall die erforderlichen technischen Kenntnisse fehlen, um den Baufortschritt beurteilen zu können.**

Der Baubetreuer hat in Erfüllung der dargestellten Kontrollpflicht den Bautenstand grundsätzlich selbst oder durch geeignete Mitarbeiter zu überprüfen. Dies gilt auch dann, wenn zwar ein Architekt der technischer Baubetreuer beauftragt wurde, dieser jedoch von den Handwerkern, Unternehmern oder sonstigen am Bau Beteiligten derart abhängig ist, daß eine objektive Beurteilung durch ihn in Frage gestellt werden muß (BGH, NJW 1981, 572). Nur dann, wenn der Architekt vom Treuhänder beauftragt wurde und eine völlig unabhängige Stellung genießt, kann sich der Treuhänder auf dessen Angaben verlassen (Koeble, Festschrift für Korbion, S. 215, 222).

Unerheblich ist schließlich, ob der Treuhänder lediglich Kontotreuhänder – synonym: kleiner

oder einfacher oder Mittelverwendungstreuhänder – oder Basistrehänder – synonym: großer oder umfassender oder Zentraltrehänder – (zur Terminologie s. Koeble, *Festschrift für Korbion*, S. 215 ff) bezeichnet wird, da **auch der Kontotrehänder zur Überprüfung des Bautenstandes verpflichtet ist** (Koeble, *Festschrift für Korbion*, S. 222).

Wendet man die dargestellten Grundsätze auf den zur Entscheidung stehenden Sachverhalt an, so hat die Beklagte ihre Pflicht, vor Ausgleich der angeforderten Raten den Bautenstand überprüft zu haben, verletzt. **Denn die Beklagte zahlte aus, obwohl sich der bauleitende Architekt Sch. geweigert hatte, den Bautenstand zu prüfen und die Fälligkeitsvoraussetzungen abzuzeichnen. Auf die an gleicher Stelle erwähnten Freigabevermerke des Baubetreuers, also der K. und L. Gesellschaft bürgerlichen Rechts, durfte die Beklagte nicht vertrauen, da diese Firma mit dem Generalübernehmer, der P.-GmbH, wirtschaftlich verflochten war und mithin die Objektivität der Beurteilung in hohem Maße in Frage gestellt war.**

4. Soweit die Beklagte den Einwand des **Mitverschuldens** erhebt, ist der Sachvortrag unsubstantiiert, da nicht ersichtlich ist, welcher Lebenssachverhalt der Wertung zugrunde liegt, daß „die Kläger durch ihr eigenes schuldhaftes Verhalten den Schaden überwiegend verursacht“ haben.

5. Was die Höhe des **Schadenersatzanspruchs** anbelangt, so besteht der Schaden in Höhe des Betrages, mit dem die Kläger an der Überzahlung von 230.782,58 DM beteiligt waren: Nach dem unstreitigen Sachvortrag zahlte die Beklagte 1.078.243,53 DM an den Generalübernehmer. In diesem Betrag ist – wie unter Ziff. 2. dargelegt – die Schadenersatzansprüche begründende Überzahlung in Höhe von 230.782,58 DM enthalten. Unstreitig ist weiterhin, daß die Kläger auf den Betrag von 1.078.243,53 DM insgesamt 640.597,31 DM zahlten und dies einem Anteil von 59,41% entspricht. Mithin partizipierten die Kläger auch an den 230.782,58 DM mit 59,41%, weshalb die auf die Kläger entfallende Überzahlung einem Betrag von 137.107,93 DM entspricht, der die Klageforderung übersteigt.

Die zwischen den Parteien kontrovers diskutierte Frage, ob den Klägern auch daraus ein Schaden entstanden ist, weil die Kläger hinsichtlich der berechtigt ausgezahlten Vergütung mit einem zu hohen Anteil veranschlagt wurden, ist

nicht entscheidungserheblich. Unerheblich ist daher auch, ob eine ursprünglich erfolgte Zuvielbelastung durch eine nachträgliche Minderbelastung (ab November 1992 zahlten die Kläger auf die erforderlich gewordenen Mehrkosten 454.645 DM, was rechnerisch einem Anteil von nur 43,49% entsprach) ausgeglichen wurde. Denn der auszugleichende Schaden der Kläger besteht nicht darin, daß die Kläger zum Ausgleich der Überzahlung statt mit 51% mit 59,41% herangezogen wurden, sondern vielmehr darin, daß die Kläger überhaupt einen Beitrag zur Überzahlung leisten mußten.

Unerheblich für die Berechnung der Höhe des Schadenersatzes ist es schließlich auch, daß die vom Sachverständigen festgestellte Überzahlung nicht allein aus ausstehenden Restarbeiten an den Wohnungen der Kläger herrührten. Zutreffend weisen die Kläger darauf hin, daß die Beklagte im Treuhandvertrag die Betreuung des gesamten Bauvorhabens, nicht des gegenständlich auf die den Klägern gehörenden Wohneinheiten beschränkten Bauvorhabens zusagte.

6. Auch müssen sich die Kläger die bisher aus der überhöhten Zahlung resultierenden Steuervorteile auf den Schadenersatzanspruch nicht anrechnen lassen. Nach richtiger Ansicht (Staudinger/Medicus, § 249 Rdn. 172; BGHZ 53, 132; Thiele, JZ 1970, 581) findet eine aus dem Rechtsinstitut des Vorteilsausgleichs abgeleitete Anrechnung von Steuervorteilen nicht statt, wenn dem Wegfall der Steuerpflicht ein Nachforderungsanspruch des Finanzamts gegenübersteht. Dies gilt selbst dann, wenn der Nachforderungsanspruch verjährt ist. So liegen die Dinge hier, da eine nachträgliche Reduzierung der Herstellungskosten zu einer Ermäßigung der steuerrechtlichen Bemessungsgrundlage führt, weshalb die Kläger gegenüber dem Finanzamt zur Abgabe einer Korrekturerklärung verpflichtet sind.

7. Schließlich steht der Beklagten das aus § 255 BGB abgeleitete **Zurückbehaltungsrecht** nicht zu, da die Beklagte den tenorierten Schadenersatz nicht deshalb leisten muß, weil sie hinsichtlich der berechtigt ausgezahlten Summe falsche Quoten berechnet hat. Mithin stehen den Klägern hinsichtlich der tenorierten Schadenersatzforderung keine Ersatzansprüche gegenüber den Mitgesellschaftern zu. Darüber hinaus ist der Anwendungsbereich des § 255 BGB nicht betroffen, da die Beklagte nicht für den Verlust eines Rechtes Schadenersatz leisten muß.

II. Zur Widerklage

Die zulässige Widerklage ist nicht begründet. Zwar stand der Beklagten der mit der Widerklage geltend gemachte Anspruch auf Zahlung der Treuhandgebühren zu. Jedoch ist dieser Anspruch gemäß §§ 387 ff BGB durch die im Schriftsatz vom 3.7.1995 erklärte Aufrechnung erloschen:

Die Kläger tragen in der Klageschrift vor, daß die Beklagte an den Generalübernehmer 1.084.000 DM und zusätzlich für die Kläger 30.325 DM zur Abgeltung der brandschutzbedingten Auflagen zahlte. Die zusätzliche Zahlung der 30.325 DM, die in voller Höhe von den Klägern geleistet wurde, ist prozessual unstreitig, da die Beklagte zwar in der Klagerwiderrückantwort vom 20.9.1993 bestritt, daß der Generalübernehmer tatsächlich 1.084.000 DM erhalten hat, jedoch nicht zum Sachvortrag Stellung nahm, daß zusätzlich zum bestrittenen Betrag weitere 30.325 DM an den Generalübernehmer gezahlt wurden.

Auch die 30.325 DM stellen eine Überzahlung der dem Generalübernehmer zustehenden Vergütung dar, für die die Beklagte wegen des Verstoßes gegen die ihr aus dem Treuhändlervertrag obliegenden Pflichten einzustehen hat. Denn wie unter Punkt 2. ausgeführt, konnte der Generalübernehmer aus dem Inhalt des abgeschlossenen Generalübernehmervertrages für die Erfüllung der Brandschutzaufgaben keine gesonderte Vergütung beanspruchen.

GI Aktuell

BGH: Verrechnungsschecks dürfen mit einfachem Brief versandt werden

Der XI. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs hat entschieden, daß demjenigen, der zur Übermittlung auch einer hohen Geldleistung einen Verrechnungsscheck mit einfachem Brief zur Post gegeben hat, kein Vorwurf gemacht werden kann.

Die Klägerin stellte am 4.7.1995 für ihre Lieferanten in Dresden einen auf die R.-Volksbank gezogenen Scheck über 306.250 DM aus, den sie am gleichen Tage in einem einfachen Brief am Schalter der Hauptpost R. ablieferte und der die Adressatin nicht erreichte. Eine unbekannte Person reichte den Scheck am 11.7.1995 bei der Beklagten zum Einzug und zur Gutschrift auf

ihr Girokonto ein, das sie erst an diesem Tag eröffnet hatte. Das Konto der Klägerin wurde belastet.

Daß die Beklagte schadenersatzpflichtig ist, weil sie bei der Hereinnahme des Verrechnungsschecks grob fahrlässig nicht erkannt hatte, daß der Scheck abhanden gekommen war, war nicht mehr streitig. Es ging allein noch um ein etwaiges Mitverschulden der Klägerin, das der Bundesgerichtshof im Gegensatz zum Oberlandesgericht Stuttgart verneint hat.

Er hat u.a. ausgeführt: Es ist schon zweifelhaft, ob kriminellen Zugriffen auf Postsendungen durch einen Einschreibebrief besser begegnet werden kann als durch einfachen Brief. Angesichts der Massenhaftigkeit des Postverkehrs und der **verschwindend geringen Zahl verlorengehender Postsendungen** entspricht der Versand mit einfachem Brief jedenfalls dann noch der im Verkehr erforderlichen Sorgfalt, wenn nicht ohne weiteres erkennbar ist, daß ein Scheck verschickt wird, wie es z.B. bei Fensterumschlägen der Fall sein kann.

Es kann auch **kein Mitverschulden** begründen, wenn die Klägerin ergänzende Sicherheitsmaßnahmen unterließ. Sie war insbesondere **nicht gehalten, die Scheckempfängerin telefonisch oder per Fax über den Versand zu informieren**. In der kurzen Zeit zwischen Absenden des Schecks und dessen Einlösung hatte die Klägerin auch keinen Anlaß, sich nach dem Zugang des Schecks zu erkundigen (Urteil vom 16.6.1998 – XI ZR 254/97).

(Pressemitteilung d. BGH v. 16.6.1998, Nr. 47)

BFH: Abwasserbeseitigung durch Kommunen nicht umsatzsteuerpflichtig

Der Bundesfinanzhof (BFH) hat durch Urteil vom 8.1.1998 – V R 32/97 entschieden, daß ein brandenburgischer Wasser- und Abwasserzweckverband im Jahre 1993 „hoheitlich“ handelte und deshalb nicht zur Umsatzsteuer zu veranlagten war.

Die Umsatzbesteuerung kann wegen des Vorsteuerabzugs im Einzelfall für die entsorgungsverpflichtete Kommune von Vorteil sein. Deshalb drängten - insbesondere in den neuen Bundesländern - Kommunen mit hohen Investitionen auf dem Gebiet der Abwasserentsorgung (z.B. für die Kanalisation oder für Klärwerke) in die Umsatzsteuerpflicht hinein. Ihre Hoffnun-

gen, beim BFH die Vorsteuerentlastung zu erreichen, dürften nunmehr enttäuscht sein.

Die Entscheidung war weitgehend durch ein Urteil aus dem Jahre 1996 (I R 1-2/94) vorgeprägt, in dem die Körperschaftsteuerpflicht der Hausmüllentsorgung durch eine Kommune verneint worden war. Dies ist auch umsatzsteuerrechtlich von Bedeutung, da das deutsche Umsatzsteuergesetz die Umsatzsteuerpflicht an die Körperschaftsteuerpflicht anknüpft. Es war jedoch bezweifelt worden, ob dies mit dem gemeinsamen Mehrwertsteuerrecht der EG vereinbar ist. Der für die Körperschaftsteuer zuständige I. Senat hatte deshalb offengelassen, ob seine Entscheidung umsatzsteuerrechtlich relevant ist. Dies wird nun von dem für die Umsatzsteuer zuständigen V. Senat bejaht.

(Pressemitteilung d. BFH v. 19.5.1998, Nr. 15)

GI Hinweise

Das Deutsche wissenschaftliche Institut der Steuerberater e.V. legt die folgenden Neuerscheinungen vor:

1. „Steuerberater-Handbuch 1998/99“

Die absehbare Einführung des EURO hat ein eigenes Kapitel „Die EURO-Umstellungen“ notwendig gemacht. Die seit der Voraufgabe verabschiedeten Gesetzesänderungen auf dem Gebiet des Steuerrechts sind eingearbeitet worden. Im Kapitel „Unternehmenskrise und Insolvenz“ wurde die neue Insolvenzordnung berücksichtigt und Fragen zur Rechnungslegung und Steuern in der Insolvenz erläutert.

Verlag C.H. Beck, 2.328 Seiten, Leinen, 188,- DM, Subskriptionspreis bis 31.7.1998 = 168,- DM, ISBN 3-406-43663-3

2. „Handbuch der Bewertung 1998“

Das Handbuch ist im Hauptteil erweitert um das Grunderwerbsteuergesetz mit Verwaltungsanweisungen und der zu diesem Rechtsgebiet besonders umfangreichen Rechtsprechung. Am Beginn des Veranlagungshandbuchs findet sich zur Gesamtorientierung das Bewertungsgesetz, das Erbschaftsteuergesetz, das Grunderwerbsteuergesetz und Grundsteuergesetz. Im Hauptteil folgen – in systematischer Zuordnung – die zugehörigen Durchführungsverordnungen und Verwaltungsanweisungen.

In den Anhängen ist zusätzlich übergreifendes Material zusammengestellt; u. a. die Fortschreibungsrichtlinien, ein für mehrere Steuerarten

wichtiges „ABC der Abgrenzung der Betriebsvorrichtungen“, ein Auszug aus dem Baugesetzbuch und Bodenschätzungsbestimmungen. Daneben findet sich im Anhang auszugsweise der Einigungsvertrag mit Erläuterungen sowie Anlagen zur Erbschaftsteuer; für Gemeinden mit mehr als 50.000 Einwohnern werden die Hebesätze der Grundsteuer B aufgelistet.

Das Veranlagungshandbuch orientiert sich an den Bedürfnissen seiner Benutzer und erleichtert die Arbeit bei der Abgabe der Steuererklärung.

Verlag C.H. Beck: 1.119 Seiten, DM 95,- DM, Subskriptionspreis bis 31.7.1998 = DM 87,-, ISBN 3-406-43641-2

Erheblicher Aufklärungsbedarf über Gestaltungsmöglichkeiten bei der betrieblichen Altersversorgung veranlaßt den Verlag für die Rechts- und Anwaltspraxis das „Rechtshandbuch Betriebliche Altersversorgung“ von Dr. Uwe Langohr-Plato vorzulegen.

Langohr-Plato – ein ausgewiesener Kenner der Materie – greift nicht nur die arbeitsrechtlichen Bestimmungen des Betriebsrentengesetzes, sondern auch die zivil-, sozial- und steuerrechtlichen Probleme auf. Zur Verbesserung der praktischen Handhabung wird die Darstellung sowohl durch zahlreiche Textbeispiele als auch durch Berechnungen ergänzt. Der Verfasser verißt nicht die betriebswirtschaftlichen Bezüge herauszuarbeiten.

Das Rechtsgebiet wird in einer übersichtlichen Dreiteilung dargestellt: Im systematischen Teil werden die einschlägigen Probleme in ihrem jeweiligen Zusammenhang erörtert. Aktuelle Neuerungen und Besonderheiten sind berücksichtigt. Der Lexikonteil bietet durch eine Vielzahl von Stichworten zielgerichtete Informationsmöglichkeiten. Die Anordnung in ABC-Form hilft, einen schnellen „Problemzugriff“ zu finden. Das Werk schließt mit einer Text- und Materialsammlung, Schriftsatzmustern, Vertragsmustern, Beispielen, Checklisten, Gestaltungshinweisen pp.

Dem Buch liegt eine CD-ROM bei, die das Rechtsprechungslexikon und die Vertragsmuster enthält.

Rechtsanwalt Dr. Uwe Langohr-Plato, 1998, 490 Seiten, Verlag für die Rechts- und Anwaltspraxis, 189,- DM, ISBN 3-927-93595-6

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis

Heft 1-7

Abschlußprüfung

- Bestandsaufnahme, Anwesenheitspflicht? 98, 72
- Bilanzmanipulation 98, 72
- Dritthaftung 98, 20
- Steuerberatung, Mitwirkungsverbot 98, 40

Abtretung

- Auszahlungsanspruch aus Anderkonto 98, 138

Anderkonto

- Auszahlungsanspruch = Abtretung des > 98, 138
- Pfändung 98, 138

Anerkenntnis

- Verjährungsunterbrechung, § 208 BGB = Information des Versicherers 98, 148

Auskunftsvertrag

- Schaden = Vermögensdisposition 98, 34
- Telefonauskunft ohne Honorar 98, 123
- Vorsteuererstattung 98, 34

Auslegung

- Vertragswortlaut 98, 63

Belehrungspflicht des RA

- Ausgleichsanspruch, Auslandsvertreter 98, 107
- Beurkundung, notarielle 98, 58
- Gefahren, wirtschaftliche 98, 63

Belehrungspflicht des StB/WP

- Auftragsinhalt = Beratung, betriebswirtschaftliche 98, 69
- Bankgespräch, Hinzuziehung zu Belehrungspflicht 98, 9
- Belehrungsbedürftigkeit, fehlende = Familienvertrag 98, 173
- >, ungefragte = Dauermandat, Gestaltungs-
möglichkeiten 98, 31
- Familienvertrag = Durchführung des > 98, 173
- Grundstückshandel, gewerblicher 98, 9
- Mietvertrag 98, 95
- Rechtsberatung 98, 95
- Verlustrechnung 98, 31
- Wirtschaftsberatung 98, 69

Beratung

- Umfang 98, 9

Berufshaftpflichtversicherung

- Rechtsanwalt = Kanzlei in Italien 98, 29

Berufungsbegründung

- Darlegungslast 98, 168
- Streitgegenstände, mehrere 98, 168

Berufungsbegründungsfrist

- Fehler, offenkundige 98, 163
- Verlängerung, mündlich 98, 93
- Wiedereinsetzung 98, 3, 114

Berufungsfrist

- Parteibezeichnung, irrtümliche 98, 143
- Parteiwechsel, gewillkürter 98, 143
- Urteilszustellung, unvollständige 98, 142

Berufungsschrift

- Falschbezeichnung, erkennbare 98, 143

Beschwerde, § 15 BNotO

- > wg. Anderkonto 98, 138

Beweislast

- Aufklärung/Belehrung, unterlassene = Anscheinsbeweis 98, 36
- Erfüllung, Buchführungsvertrag 98, 67
- Schaden = Auskunft, fehlerhafte 98, 34
- Zugang bei Gericht 98, 61

Bilanzerstellung

- Buchfälschung des Mandanten 98, 72

Buchführungsauftrag

- Erfüllung des > 98, 67

Darlegungslast

- Prozeßführungsfehler 98, 170

Dritthaftung

- Prüfungsauftrag 98, 72
- Vermögensaufstellung 98, 149
- Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter = Prüfungsauftrag 98, 8

Familienverträge

- Mietvertrag mit Angehörigen = Durchführung des > 98, 173

Freie Mitarbeiter

- Honoraranspruch 98, 16
- Wettbewerbsverbot 98, 16

Fristenkontrolle

- Aktenvorlage 98, 45
- Ausgangskontrolle 98, 166
- = Postausgangsfach 98, 22
- Ausnutzung der Frist 98, 43
- Bote = Weisung 98, 19
- Eingangsstempel 98, 61
- Fristenkontrollbuch = Friststreichung 98, 20, 22
- Fristenüberwachung durch RA = > bei Vorfristablauf 98, 43
- Fristlöschung 98, 166
- Fristversäumnis, unverschuldetes = Brief an unzuständiges Gericht 98, 165
- = Falschadressierung 98, 77
- = Postlaufzeit, DB-Fahrplanwechsel 98, 24
- = Weiterleitung durch Gericht 98, 165
- Hörfehler 98, 161
- Organisationsanweisung = Darlegung, schlüssige 98, 25
- Parteibezeichnung, irrtümliche 98, 143
- Rechtsmittelauftrag an Kollegen 98, 161
- Telefax, Telebrief = OK-Vermerk, Sendebericht 98, 166
- Vorfrist 98, 43
- Weisung an Bürokräft = Eindeutigkeit 98, 19
- Zustellung, unvollständige 98, 142

Gesamtvollstreckung

- Abtretung, Wirkung der > 98, 138
- Vormerkung nach Konkurseröffnung 98, 138

Geschäftsgrundlage

- Vergleich, Rechtsirrtum 98, 36

GI Aktuell

- Arbeitgeberhaftung, Lohnsteuer 98, 23
- Arbeitsmittel 98, 54
- Arbeitszimmer
- = Höchstbetrag 98, 54
- Bausparkassen, vereinnahmte Abschlußgebühren 98, 132
- Bewirtungskosten, Journalisten 98, 82
- Bilanzveröffentlichung 98, 24
- Doppelte Haushaltsführung 98, 81
- Gemeinnützigkeit, Förderverein Motorsport 98, 28
- Gemeinnützigkeit, Konkurrentenklage 98, 28
- Gewerbesteuer, Goldschmied 98, 160
- Grunderwerbsteuer 98, 160
- Kosten künstlicher Befruchtung 98, 2
- Landesabfallabgabengesetz 98, 152
- Notar, Beurkundung im Ausland 98, 132
- Patentgebühren, Rechtsberatung? 98, 80
- Postversand, Verrechnungsschecks 98, 178
- Prozeßunterbrechung, Auslandskonkurs 98, 106
- Sozietät RA/WP 98, 158
- Trinkgelder, Lohnsteuer 98, 23
- Umsatzsteuer
- = Abwasserbeseitigung 98, 178
- Verfassungsbeschwerde, Mißbrauchsgebühr 98, 54
- Vermietung, Liebhaberei 98, 2
- Verpackungsteuer, kommunale 98, 152
- Zwei-Konten-Modell 98, 28

GmbH

- Kapitalerhöhungsschwindel 98, 153

Grundstückshandel

- Mehrfamilienhaus, Privatvermögen 98, 9

Honoraranspruch des RA

- Gebührenvereinbarung 98, 55
- Herabsetzung des >, § 3 Abs. 3 BRAGO 98, 55
- Sittenwidrigkeit 98, 55

Honoraranspruch des StB

- Einnahme-/Überschußrechnung
- = > wg. Einkünften aus Kapitalvermögen 98, 147
- = > wg. nichtselbständiger Arbeit 98, 147
- Freie Mitarbeiter 98, 16
- Gebührenrahmen, § 11 StBGebV
- = Bestimmungsrecht, Festlegung 98, 46
- Kündigung des StB-Vertrages 98, 170
- Pauschalgebühr, § 14 StBGebV
- = Änderung, nachträgliche 98, 46
- = >, niedrige 98, 46
- Schlechtleistung 98, 170
- Vorschriftspflicht 98, 170

Insolvenzanfechtung

- Sicherungsübereignung
- = > an RA und StB 98, 146

Inventur

- Anwesenheit des Abschlußprüfers 98, 72

Investitionszulage

- Auftrag zur Beantragung der > 98, 77
- Unterschrift 98, 77, 154
- Vordruck, amtlicher 98, 153

Kausalität

- Beratungsfehler, fehlende Mandanteninformation 98, 133
- Fehler des Gerichts 98, 133
- > zwischen Pflichtwidrigkeit und Schaden
- = Verhalten, beratungskonformes 98, 63, 107
- Schutzzweck
- = Auskunftsfehler 98, 34
- Unterbrechung der >
- = Rücksichtnahme gg. Arbeitnehmer 98, 115
- Ursachenkette, 98, 133

Konkursverwalter

- Haftung
- = Umsatzsteuer, Checkliste 98, 101
- Prozeßunterbrechung, Auslandskonkurs 98, 106

Lohnsteuerhaftung

- Erstattung vom Arbeitnehmer 98, 115

Mitverschulden

- Erfüllungsgehilfe des Mandanten 98, 36

Nachbesserung

- Recht des StB 98, 115

Notar

- Anderkonto
- = Auszahlungsanspruch 98, 138

Parteiverrat, § 356 StGB

- Mandat, neues 98, 97

Pfändung

- Auszahlungsanspruch, Anderkonto 98, 138

Praxisveräußerung

- Jahresumsatz
- = DATEV-Anteil 98, 99

Prozeßauftrag

- Fehler, Darlegungslast 98, 170

Rechtsanwalt

- Berufsbezeichnung
- = Versicherungsberater 98, 24
- Kanzleisitz Italien 98, 29
- Sachverhaltsermittlung 98, 133
- Tätigkeitsschwerpunkt
- = Forderungseinzug 98, 25
- Unterhaltsklage
- = Abänderungsklage 98, 133
- Vergleich, ungünstiger 98, 133
- Zugewinnausgleich, Abfindung 98, 36
- Zwangsvollstreckung, verzögerte 98, 117

Rechtsberatung/Rechtsbesorgung

- Mietvertrag 98, 95
- Mitarbeiter-Beteiligungsmodell 98, 69
- Rechtsberatungsgesetz
- = Schutzgesetz, § 823 Abs. 2 BGB 98, 69
- Vertragserstellung
- = Wirtschaftsberatung 98, 69
- Wiederholungsabsicht 98, 69

Rechtsmittelauftrag			
- Angaben	98, 161		
Rechtsprechungsänderungen			
- Wiedereinsetzung = Post-Weiterleitung	98, 165		
Sachverhaltsermittlung			
- > durch RA = > wg. Vorprozeß	98, 133		
Schaden			
- Anspruch gegen Dritte	98, 36		
- Auskunft, fehlerhafte	98, 34		
- Eigentumswohnungen, Aufteilung in >	98, 9		
- Gewinn, entgangener	98, 63		
- Lohnsteuerhaftung	98, 115		
- Zinsschaden, Steuererklärungsfrist	98, 12		
Selbstanzeige			
- BP-Ergebnis, Anerkennung des >	98, 153		
- OWiG-Verfahren	98, 77		
Sozietät			
- Gemischte > = Haftung für Anwaltsfehler	98, 117		
- Sozietät, neuer	98, 117		
StB-GmbH			
- Haftung für Geschäftsführerhandeln, § 31 BGB	98, 48		
Steuerberatungsvertrag			
- Bankgespräch	98, 9		
- Gefälligkeit	98, 123		
- Inhalt des > = Beratung, betriebswirtschaftliche	98, 69		
- Telefonauskunft	98, 123		
Steuererklärung			
- Prüfung der tatsächlichen Angaben	98, 153		
- Unterzeichnung der >	98, 153		
Steuerfahndung			
- Beschlagnahmebefugnis = nach Verfolgungsverjährung	98, 77		
Steuerergestaltungsberatung			
- >, ungefragte	98, 31		
- Verlustverrechnung	98, 31		
Steuerhaftung			
- > des Konkursverwalters = Umsatzsteuer, Checkliste	98, 102		
Steuerhinterziehung			
- Feststellungen des Gerichts	98, 153		
- Steuerfahndungsbericht	98, 153		
Telefax/Telebrief			
- Ausgangskontrolle	98, 166		
- Zugangsnachweis = OK-Vermerk, Sendebericht	98, 166		
Telefonauskunft			
- ohne Honorar	98, 123		
Testat (s. auch Bestätigungsvermerk)			
- Bilanzfälschung	98, 72		
- Ergänzung des >	98, 72		
- Verantwortungsbereich	98, 72, 149		
Treuhänder			
- Auftragsinhalt	98, 174		
- Auszahlungsprüfung	98, 174		
- Bautenstand	98, 174		
- Verflechtungen	98, 174		
Verfassungsbeschwerde			
- Mißbrauchsgebühr	98, 54		
Vergleich			
- Geschäftsgrundlage, Rechtsirrtum	98, 36		
Verjährung, § 51 BRAO			
- Verjährungsbeginn = Prozeßfehler	98, 83		
Verjährung, § 68 StBerG, § 51a WPO			
- Arglistseinwand	98, 86		
- Belehrungspflicht über Fehler in eigenen Arbeiten und Verjährungs- vorschrift, Sekundäranspruch = Anlaß für > = Ende der >, anwaltliche Beratung = Ende der >, Beratung durch StB/ Rechtsbeistand = Kausalität für Verjährungseintritt = Verletzung, schuldhaft, der > - Verjährungsbeginn = Folgefehler, = Folgeschäden = Klage, aussichtslos = Prozeßfehler = Rechtskraft des Steuerbescheides = zwei Fehler	98, 86 98, 124 98, 124 98, 124 98, 124 98, 124 98, 83, 86 98, 86 98, 86 98, 83 98, 86 98, 83		
Versicherungsschutz			
- Rechtsschutzversicherung = > für Vorstand	98, 82		
Vollmacht			
- Vorlage, Fristsetzung	98, 106		
Vorteilsausgleichung			
- Voraussetzung, Schaden	98, 34		
Werbeverbot			
- Forderungseinzug	98, 25		
Wettbewerbsverbot			
- Freie Mitarbeiter	98, 16		
Wiedereinsetzung			
- Antrag = Darlegung, schlüssige = Frist = Fristbeginn = Organisationsanweisungen = Sachvortrag, unvollständiger = Sachvortrag wg. Faxfehler - Berufungsbegründungsfrist (s. dort) - Weiterleitung an zuständiges Gericht	98, 25 98, 6 98, 106 98, 25 98, 6 98, 82 98, 165		
Zugang			
- Beweis des > - Eingangsstempel	98, 61 98, 61		
Zugewinnausgleich			
- Abfindungsanspruch, arbeitsrechtlicher	98, 36		
Zustellung			
- Urteilsseite fehlt	98, 142		

BVerfG v. 11.7.1997 – 2 BvR 7/92 [2. Kammer] = wistra 97, 297	98, 77	OLG Hamm v. 22.9.1995 – 25 U 2/95	98, 69
BVerfG v. 29.10.1997 – 1 BvR 780/97	98, 81	OLG Hamm v. 15.11.1995 – 25 U 157/94	98, 16
BVerfG v. 5.1.1998 – 2 BvR 2198/97	98, 54	OLG Hamm v. 15.5.1996 – 25 U 54/95	98, 9
BVerfG v. 29.5.1998 – 1 BvR 1773/96	98, 159	OLG Hamm v. 6.11.1996 – 25 U 47/96	98, 95
		OLG Hamm v. 8.11.1996 – 25 U 188/95	98, 12
		OLG Hamm v. 5.12.1997 – 25 U 55/97	98, 173
		– vgl. v. 13.12.1995 = GI 96, 117	
BGH v. 14.1.1997 – VI ZB 24/96 = NJW 97, 1311 = VersR 97, 598	98, 45	OLG Jena v. 29.7.1997 – 1 Ss 318/96	98, 153
BGH v. 13.2.1997 – III ZR 285/95 = NJW 97, 1309 = VersR 97, 643	98, 3	= wistra 98, 73	
BGH v. 27.2.1997 – I ZB 50/96 = NJW 97, 1708 = VersR 97, 767	98, 6	OLG Karlsruhe v. 11.4.1997 – 2 Ss 259/96	98, 97
BGH v. 21.4.1997 – II ZR 317/95 = WPK-Mitt. 97, 240 = NJW 97, 2178	98, 40	= wistra, 97, 315	
= BGHZ 135, 260		OLG Oldenburg v. 18.9.1997 – Ss 335/97	98, 153
BGH v. 15.5.1997 – IX ZR 167/96	98, 55	= wistra 98, 71	
BGH v. 15.5.1997 – 5 StR 45/97 = wistra 97, 302	98, 153	OLG Saarbrücken v. 23.8.1996 – 10 O 226/93	98, 174
BGH v. 26.5.1997 – AnwZ (B) 64/96	98, 25	OLG Schleswig v. 30.1.1998 – 2 O 435/96	98, 117
BGH v. 26.5.1997 – AnwZ (B) 65/96	98, 24	LG Braunschweig v. 5.9.1997 – 5 O 80/97, n. rkr.	98, 149
BGH v. 27.5.1997 – VI ZB 10/97 = NJW 97, 2825 = VersR 97, 1252	98, 43	LG Frankfurt v. 8.4.1997 – 2/18 O 475/95, n. rkr.	98, 72
= AnwBl 97, 622		= WPK-Mitt. 97, 236	
BGH v. 28.5.1997 – III ZR 277/95 = BB 97, 1685	98, 8	LG Köln v. 21.4.1997 – 110 Qs 5/97	98, 77
BGH v. 10.7.1997 – IX ZB 57/97 = VersR 97, 1552 = BB 97, 2024	98, 20	= wistra 97, 237	
BGH v. 12.8.1997 – VI ZB 22/97 = VersR 98, 77 = MDR 97, 1051	98, 19		
BGH v. 9.9.1997 – IX ZB 80/97 = NJW 97, 3446 = VersR 98, 254	98, 22	BFH v. 16.10.1996 – II R 3/96	98, 25
BGH v. 18.9.1997 – IX ZR 49/97	98, 58	= BFH/NV 97, 359	
BGH v. 22.10.1997 – VIII ZB 33/97	98, 93	BFH v. 21.10.1996 – VI R 4/94	98, 24
BGH v. 30.10.1997 – VII ZB 19/97	98, 61	= BFH/NV 97, 330	
BGH v. 13.11.1997 – VII ZB 109/96	98, 169	BFH v. 12.2.1997 – X B 297/97	98, 82
BGH v. 13.11.1997 – IX ZR 37/97 = NJW 98, 749 = WM 98, 297	98, 36	= BFH/NV 97, 597	
BGH v. 19.11.1997 – VIII ZB 33/97	98, 166	BFH v. 28.2.1997 – VI R 119/95	98, 77
BGH v. 20.11.1997 – IX ZR 286/96	98, 34	= BFH/NV 97, 595	
BGH v. 20.11.1997 – IX ZR 62/97	98, 31	BFH v. 18.6.1997 – III R 84/96	98, 2
BGH v. 24.11.1997 – AnwZ (B) 38/97	98, 29	= BFH/NV 98, 8	98, 153
BGH v. 27.11.1997 – IX ZR 141/96	98, 63	BFH v. 14.7.1997 – V B 19/97	98, 106
BGH v. 1.12.1997 – II ZR 85/97	98, 165	= BFH/NV 98, 48	
BGH v. 10.12.1997 – VI ZR 238/97	98, 82	BFH v. 16.7.1997 – III R 266/94	98, 153
BGH v. 11.12.1997 – IX ZR 278/96	98, 146	BFH v. 29.7.1997 – VII B 127/97	98, 106
BGH v. 16.12.1997 – VI ZR 279/96	98, 143	= BFH/NV 98, 64	
BGH v. 17.12.1997 – VIII ZR 235/96	98, 107	BFH v. 14.8.1997 – III B 58/97	98, 154
BGH v. 18.12.1997 – IX ZR 180/96	98, 86	BFH v. 30.9.1997 – IX R 80/94	98, 2
BGH v. 13.1.1998 – VIII ZB 48/97	98, 114	BFH v. 24.10.1997 – VI R 23/94	98, 23
BGH v. 11.2.1998 – VIII ZB 50/97	98, 163	BFH v. 8.1.1998 – V R 32/97	98, 178
BGH v. 12.2.1998 – IX ZR 190/97	98, 83	Sächsisches FG v. 23.2.1995 – 2 K 48/95	98, 77
BGH v. 10.3.1998 – X ZB 31/97	98, 142	= EFG 97, 761; Revision: BFH – III R 58/95	
BGH v. 19.3.1998 – IX ZR 242/97	98, 138	OFD Hannover v. 31.7.1997 – S 0190	98, 102
BGH v. 2.4.1998 – IX ZR 107/97	98, 133	– 6-StO 321/b 0190 – 68-StH 551	
BGH v. 21.4.1998 – VI ZB 8/98	98, 161		
BGH v. 30.4.1998 – IX ZR 150/97	98, 132		
BGH v. 16.6.1998 – XI ZR 254/97	98, 178		
OLG Düsseldorf v. 14.4.1994 – 13 U 105/93	98, 48		
OLG Düsseldorf v. 8.2.1996 – 13 U 255/95	98, 46		
OLG Düsseldorf v. 13.2.1997 – 13 U 10/96	98, 107		
OLG Düsseldorf v. 27.2.1997 – 13 U 8/96	98, 170		
OLG Düsseldorf v. 17.4.1997 – 13 U 9/96	98, 67		
OLG Düsseldorf v. 24.4.1997 – 13 U 65/96	98, 99		
OLG Düsseldorf v. 24.4.1997 – 13 U 108/96	98, 148		
OLG Düsseldorf v. 15.5.1997 – 13 U 8/96	98, 147		
OLG Düsseldorf v. 23.10.1997 – 13 U 227/96	98, 115		
OLG Frankfurt v. 18.9.1997 – 15 U 112/96	98, 117		

Pflicht zum Abschluß einer Berufshaftpflichtversicherung • geringes Einkommen (BGH); Steuerberaterhaftung • verdeckte Gewinnausschüttung • Geschäftsführergehalt • Schaden (BGH); Versicherungsschutz • Angaben zu Vorschäden • Versichererwechsel (KG); Steuerberaterhaftung • Bilanzfehler • Rechnungsabgrenzung • Schaden (OLG Düsseldorf);

Versicherungsschutz • Tod des Steuerberaters • Ausschlagung der Erbschaft • Anspruch des Mandanten (OLG Düsseldorf); Versicherungsschutz • Treuhänder • wissentliche Pflichtverletzung (OLG Köln); Steuerberaterhaftung • Rechtsprechungsänderung BGH • Zeitschrift JStR • Mitverschulden des Mandanten (LG Tübingen)



Im Mittelpunkt dieser Ausgabe finden Sie das GI-Spezial „Aktuelles zu Altersvorsorge und Steuern“ mit Verwaltungsanweisungen und Urteilen zur Besteuerung von Versicherungsprämien, Versicherungsleistungen und der betrieblichen Altersversorgung ab 1996.

**GI-BEILAGE
7/98**

Dieser Ausgabe liegt eine Information zum Thema Berufsunfähigkeit und Rentenreformgesetz 99 bei.

IMPRESSUM

GI-Gerling Informationen für wirtschaftsprüfende, rechts- und steuerberatende Berufe
ISSN 1430-550 X

Herausgeber:

Gerling
Unternehmenskommunikation
50597 Köln
Telefon: (02 21) 1 44-72 98
Telefax: (02 21) 1 44-51 27

Redaktion:

Dr. Jürgen Gräfe, Rechtsanwalt,
Fachanwalt für Steuerrecht
(verantwortlich);
Monika Reifferscheid M. A.

Erscheinungsweise:

12 mal im Jahr, jeweils am
10. des Monats

Layout und Satz:

Type Connection, Erftstadt

Druck:

Pilgram Druck GmbH, Rösrath

Bezugsmöglichkeiten:

Nur im Jahresabonnement.
Preis: DM 96,- jährlich inklusive
Mehrwertsteuer und Versandkosten.
Die Postgebühren sind jeweils eingeschlossen. Bestellungen nimmt der Herausgeber entgegen.

Nachdruck:

Nur mit vorheriger schriftlicher
Zustimmung.